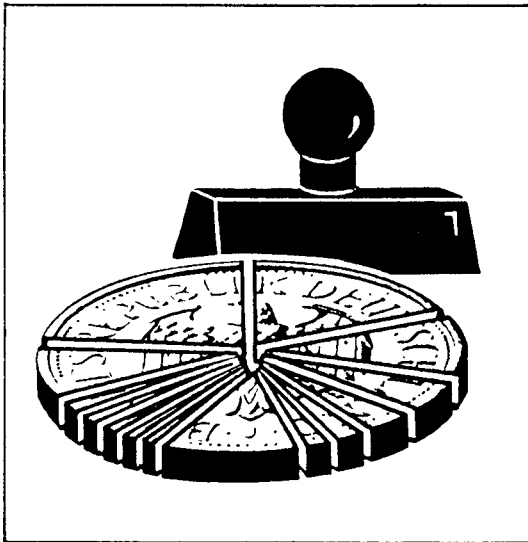


Statistisches Bundesamt

Finanzen und Steuern



Fachserie **14**

Reihe 4

Steuerhaushalt

4. Vierteljahr und Jahr 1989

Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv

Metzler - Poeschel Stuttgart

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden 1

Verlag:
Metzler-Poeschel Stuttgart

Verlagsauslieferung:
Hermann Leins GmbH & Co.
Verlags-KG
Holzwiesenstr. 2
7408 Kusterdingen
Telefon: 07071/33046
Telex: 7 262 891 mepo d
Telefax: 07071/33653

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im August 1990

Preis: DM 5,90

Bestellnummer: 2140400-89724

Copyright: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1990
Vervielfältigungen - außer für gewerbliche Zwecke -
mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

T e x t t e i l

1	Allgemeine Hinweise zur Statistik	5
2	Methodische Erläuterungen zur Statistik	6
3	Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1989	11
4	Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1989	16
5	Bemerkungen zu den Ergebnissen	23

T a b e l l e n t e i l

Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1989

1	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1989	
1.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	25
1.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	26
1.3	Nach Ländern	27
1.4	Nach Steuerarten und Ländern	28
2	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1989	
2.1	Nach Steuerarten und Ländern	32
2.2	Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	34
2.3	Nach Körperschaftsgruppen und Ländern	37

Ergebnisse für das Kalenderjahr 1989

3	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1989	
3.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	39
3.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	40
3.3	Nach Ländern	41
3.4	Nach Steuerarten und Ländern	42
4	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1989 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	46
5	Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1989 nach Ländern bzw. Steuerarten	49
6	Ausgewählte Zeitreihen	
6.1	Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1985 bis 1989	50

	Seite
6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1989.....	50
6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1980 bis 1989	51
6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1980 bis 1989	51
6.5 Investitionszulagen 1980 bis 1989	51

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der
letzten besetzten Stelle, jedoch mehr
als nichts.
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage
nicht sinnvoll

Abkürzungen

Mill.	= Million	BSP	= Bruttosozialprodukt
Mrd.	= Milliarde	Gv.	= Gemeindeverbände
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	GG	= Grundgesetz
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.F.	= in der Fassung
AO	= Abgabenordnung	i.d.R.	= in der Regel
EG	= Europäische Gemeinschaften	dt	= Dezitonne (100 kg)
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	l	= Liter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	hl	= Hektoliter
EStG	= Einkommensteuergesetz	vT	= vom Tausend
MWSt	= Mehrwertsteuer	vH	= vom Hundert
		StMZ	= Steuermeßzahl

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673, 782), geändert durch das "Zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften" (2. Statistikbereinigungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	}	monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung		
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen		

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	= monatlich
Fachserie 14, Reihe 4	= vierteljährlich, jährlich

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L I/1 = monatlich, vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673, 782), geändert durch das "Zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften" (2. Statistikbereinigungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} = vierteljährlich, jährlich
Fachserie 14, Reihe 4	

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also auch Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen, Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten; ggf. ist das Aufkommen durch Erstattungen gemindert.

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt, an bzw. Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt zum einen von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern relativ eng. Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend dargestellt werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1989 für die Jahre 1989 bis 1991 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen zwei Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nach-

veranlagung" findet im übrigen nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

- Vorauszahlungen/Teilzahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Zahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer²⁾).

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbesteuer: Erhebungszeitraum; Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbesteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

- 1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Teilzahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.
- 2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

Für Zwecke der Gewerbesteuvorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermeßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren festgesetzte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

- Rückzahlungen/Erstattungen

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) und/oder geminderter Besteuerungsgrundlagen (z.B. rückläufiger Gewinne) sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 10 e (früher § 7 b) EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu Erstattungen. Die Erstattungen, die das Einkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte.

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen und/oder Höhe einer Steuerschuld.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertarifierhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BerlinFG.

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1988 (BGBl. I S. 94), geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2358,
- Gemeindefinanzreformgesetz in der Neufassung vom 28. Januar 1985, BGBl. I S. 201 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen und die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
- Zerlegungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971, BGBl. I S. 145, zuletzt geändert durch Drittes Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 22. Januar 1987, BGBl. I S. 470.

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung)

Bund und Ländern gemeinsam

das Aufkommen aus der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer, der Kapitalertragsteuer, der Körperschaftsteuer und den Steuern vom Umsatz (Gemeinschaftsteuern),

dem Bund

das Aufkommen aus der Gesellschaft-, Börsenumsatz-, Versicherungs- und Wechselsteuer, den Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) sowie der Ergänzungsabgabe (Bundessteuern³⁾),

den Ländern

das Aufkommen aus der Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Lotteriesteuer, der Feuerschutzsteuer und der Biersteuer (Landessteuern),

den Gemeinden

das Aufkommen aus den Grundsteuern, der Gewerbesteuer und den örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern (Gemeindesteuern).

Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung)

den EG:

Zölle⁴⁾, Teile des Umsatzsteueraufkommens⁵⁾ sowie BSP-Eigenmittel⁶⁾.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),

42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,

50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,

65 vH der Steuern vom Umsatz (abzüglich EG-Umsatzsteueranteil⁷⁾),

50 vH der Gewerbesteuerumlage,

Die Steuereinnahmen des Bundes werden ab 1988 durch die den EG zustehenden BSP-Eigenmittel gemindert.

den Ländern:

die Landessteuern,

42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,

50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,

35 vH der Steuern vom Umsatz⁸⁾,

50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,

die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),

15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),

die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern⁹⁾.

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen. In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

3) Zölle werden ab 1989 nicht mehr unter den "Bundessteuern", sondern als eigene Kategorie nachgewiesen.

4) Ab 1975 gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland ohne, ab 1989 einschließlich EGKS-Zölle.

5) Von 1975 - 1979 führte die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden eigenen Einnahmen (außer Agrarabschöpfungen und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (BSP-Schlüssel) zu; von 1980 bis 1985 wurden die Umsatzsteuerzahlungen an die EG nach Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes (höchstens 1 vH) - der auf EG-Ebene vereinbarten - "gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer" geleistet; mit dem Inkrafttreten des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 wurde auch der Finanzrahmen der Gemeinschaft angehoben: der Höchstsatz der Mehrwertsteuer-Eigenmittel wurde von 1 auf 1,4 vH der Bemessungsgrundlage erhöht.

6) Ab 1988 (Lt. Eigenmittel-Beschluß des Rates der EG vom 24. Juni 1988).

7) Der Bundesanteil an den Steuern vom Umsatz wird außerdem durch Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder gemindert, die in der tabellarischen Darstellung unberücksichtigt bleiben.

8) Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder vom Bund unberücksichtigt.

9) Das sind insbesondere Kino-, übrige Vergnügungs-, Hunde-, Getränke-, Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischereisteuer.

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 vH des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung im gleichen Berichtszeitraum mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen.

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 vH der im gleichen Zeitraum aufgekommene Lohn-/veranlagte Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des

örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes, das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Steuern vom Umsatz

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 vH der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekommene Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer zu. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge bis zu 32 000, bei Zusammenveranlagung bis zu 64 000 DM entfallen.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer} \times 52}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt.

2.5 Verschiedenes

Jahresnachweis

Das Jahresergebnis wird ab Berichtsjahr 1981 durch Addition der vier Vierteljahre gebildet. Dabei bleiben Änderungen unberücksichtigt, die sich durch nachträgliche Berichtigungen ergeben können.

Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983

Nach Einführung des neuen Grunderwerbsteuerrechts zum 1. Januar 1983 behandeln die Länder den Teil des Grunderwerbsteueraufkommens, den sie ihren Kommunen überlassen, haushaltssystematisch unterschiedlich: Die meisten Länder verbuchen das Grunderwerbsteueraufkommen - mit Ausnahme von Abwicklungsbeträgen nach dem alten Recht (Zuschlag zur Grunderwerbsteuer) - voll als Landessteuer und überlassen ihren Gemeinden Teile davon als Zuweisungen, die in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Ländergruppe gehören Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (ab 1987), Hessen (ab 1984), Baden-Württemberg und Bayern. Die Länder Saarland und Bremen verbuchen nur den ihnen effektiv verbleibenden Teil als Landessteuer; den kommunalen Anteil verbuchen die Gemeinden/Gv. als originäre Steuereinnahmen. Eine Sonderstellung nehmen Hamburg und Berlin (West) (100 % Landesanteil) sowie Rheinland-Pfalz (100 % Kommunalanteil) ein. Aus den dargelegten Gründen ist der Einzelvergleich der staatlichen und kommunalen Anteile je für sich genommen gestört, es empfiehlt sich daher, nur das Grunderwerbsteueraufkommen insgesamt (staatliche und kommunale Anteile zusammengefaßt) zu Vergleichszwecken heranzuziehen.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1989: 2 680 Mill. DM bzw. 4. Vj 1989: 712 Mill. DM (1988: 2 466 Mill. DM bzw. 4 Vj 1988: 644 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg bei der Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden:

- EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

- Länderanteile an den Steuern vom Umsatz

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Steuern vom Umsatz"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Ist-Ergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gem. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

- Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der Stadtstaaten, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

- Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den Stadtstaaten erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4.

- Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1989¹⁾

(ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1989 in Kraft treten)

3.1 Steuerreformgesetz 1990 vom 25.7.1988 (BGBl. I S. 1093)

Der größte Teil des Steuerreformgesetzes, insbesondere die Tarifreform, wirkt sich erst 1990 aus. Ein Teil der ebenfalls in diesem Gesetz enthaltenen Finanzierungsmaßnahmen und sonstigen Regelungen tritt jedoch schon früher, z.T. bereits 1988 (s. Erläuterungen im Steuerrhaushalt 4. Vj und Jahr 1989) in Kraft. Zu den Maßnahmen, die erstmals 1989 wirksam werden, gehören

- Steuerfreiheit der aus der DDR bezogenen Einkünfte ist abhängig davon, daß eine Besteuerung in der DDR stattgefunden hat (§ 3 Nr. 63 EStG);
- Aufhebung der Steuerfreiheit von Zinssparnissen und Zinszuschüssen für Darlehen im Wohnungsbau (§ 3 Nr. 68 EStG);
- Auflösung der Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30.12.1988 enden (§ 5 Abs. 4 - neu - und § 52 Abs. 6 EStG);
- Anhebung des Kilometer-Pauschbetrages für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 0,36 auf 0,43 DM je Entfernungskilometer (§§ 9, 9a EStG);
- Verlängerung des Freibetrages nach § 14a Abs. 5 EStG in Höhe von 90 000 DM bei der Veräußerung von Grund und Boden zur Tilgung von Schulden land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, der auf den Dreijahreszeitraum von 1986 bis 1988 befristet war, um weitere vier Jahre bis Ende 1992;
- Verbesserung der steuerlichen Erfassung von Kapitalerträgen durch Erweiterung der Steuererklärungspflicht, Verpflichtung der Kreditinstitute zum Hinweis auf die Steuerpflicht der Kapitalerträge und Einführung einer Kapitalertragsteuer von 10 % auf Zinserträge. Letztere wurde nur vom 1.1. bis 30.6.1989 erhoben und danach wieder aufgehoben durch das Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 vom 30.6.1989 (s. auch 3.2).
- Einschränkung der Steuerbefreiungen für gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen (§ 5 KStG; § 3 GewStG; § 3 UStG). Zur Erleichterung der Umstellung von der Steuerfreiheit auf die Steuerpflicht wird den gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen auf Antrag die Möglichkeit eingeräumt, die Steuerfreiheit noch ein weiteres Jahr bis zum 31.12.1990 in Anspruch zu nehmen;
- Absenkung der Versicherungsteuer bei Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr von 5 auf 1,4 % (§ 6 VersStG);
- Verzinsung von Steuernachforderungen und -erstattungen, Abzugsfähigkeit der Nachzahlungs-, Stundungs- und Aussetzungszinsen; kein Abzug von Hinterziehungszinsen (§ 233 a AO);
- Wegfall des Kinderzuschlags beim Prämiensatz sowie Absenkung des Prämiensatzes auf 10 % im Rahmen des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (Art. 18);
- Aufhebung der steuerlichen Anerkennung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstituten.

3.2 Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten vom 30.6.1989 (BGBl. I S. 1267)

- Abschaffung der kleinen Kapitalertragsteuer für Kapitalerträge, die nach dem 30.6.1989 zufließen (s. auch 3.1).
- Anhebung des Sparer-Freibetrages von 300/600 DM auf 600/1 200 DM (Ledige/Verheiratete) (§ 20 Abs. 4 EStG).
- Milderung der Besteuerung betrieblicher Veräußerungsgewinne (§ 34 EStG): Außerordentliche Einkünfte werden bis zum Höchstbetrag von 30 Mill. DM mit der Hälfte des durchschnittlichen Satzes besteuert.
- Verbesserung der Abschreibungsregelung für Wohngebäude (§ 7 Abs. 5 EStG, § 14a Berlin FG).

¹⁾ Siehe auch Finanzberichte 1990 und 1989 des Bundesministeriums der Finanzen.

- Sonderausgabenabzug zur Förderung von Arbeitsplätzen in Privathaushalten (§ 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG). Künftig werden Aufwendungen für ein hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis in begrenztem Umfang zum Abzug als Sonderausgaben zugelassen.
- Erweiterung der steuerfreien Werbungskosten-Ersatzleistungen (Werkzeuggeld, typische Berufskleidung, Sammelbeförderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) (§ 3 Nr. 30 - 32 EStG).

3.3 Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Haushaltsbegleitgesetz 1989) vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2262)

- Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Art. 1)
Die im Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988 (siehe unter 3.4) beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer bezieht sich nicht auf die Besteuerung von Kraftstoff für Selbstzündungsmotoren (Diesel). Hieraus ergibt sich mittelbar ein Steuervorteil für die Halter von Fahrzeugen mit solchen Motoren. Daher wurden steuerliche Ausgleichsmaßnahmen notwendig, um erhebliche Nachfrageverlagerungen zu vermeiden, die zu unbeabsichtigten Störungen des Wettbewerbs auf dem Markt mit Personenkraftwagen führen könnten. Da überdies auch kein Grund ersichtlich ist, die Halter von Personenkraftwagen mit Dieselmotor von der anteiligen Belastung durch die Steuererhöhung auszunehmen, wurde mit der Gesetzesänderung eine Ausgleichsbesteuerung vorgenommen, und zwar um 8,40 DM je angefangene 100 cm³ Hubraum ab 1.1.1989. Die neuen Steuersätze betragen somit 21,60 DM anstelle von bisher 13,20 DM für jeden angefangenen 100 cm³ Hubraum bei den als schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm anerkannten Fahrzeugen, bzw. 27,20 DM und 30,00 DM anstelle von bisher 18,80 DM und 21,60 DM bei nicht schadstoffarmen Fahrzeugen (§ 3 e i.V.m. § 9 Abs. 1 KraftStG).

Für schadstoffarme Personenkraftwagen mit einem Hubraum von mehr als 2 000 cm³ wird eine Steuerbefreiung nur gewährt, wenn sie vor dem 1.10.1988 als schadstoffarm anerkannt wurden. Durch die Neuregelung wird auch das Halten kleinerer schadstoffarmer Fahrzeuge mit Selbstzündungsmotor (Diesel) nicht mehr von der Steuer befreit, wenn die

Fahrzeuge erst nach dem 31.12.1988 als schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm Stufe C anerkannt wurden.

Außerdem wird die Steuerbefreiung für Fahrzeuge zur Reinigung von Straßen, zur Abfallentsorgung u.a. ab 1991 aufgehoben (§ 3 Nr. 4 KraftStG). Diese Vorschrift stellt eine nicht mehr gerechtfertigte Subvention dar. Nach dem wachsenden Verständnis für Umweltfragen sollen die Kosten der Abfallbeseitigung von dem Veranlasser dieser Kosten getragen werden.

Die Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (§ 3 Nr. 7 KraftStG) wird ab 1989 auf die Fälle ausgedehnt, in denen die Fahrzeuge ausschließlich von Land- oder Forstwirten zur Pflege von öffentlichen Grünflächen oder zur Straßenreinigung im Auftrag von Gemeinden oder Gemeindeverbänden verwendet werden.

Die Zahlungsfrist für die Kraftfahrzeugsteuer aufgrund einer Neufestsetzung, die bisher 14 Tage betrug, wird durch die Rechtsänderung auf einen Monat verlängert (§ 18 Abs. 2 S. 2 KraftStG). Damit wird die bei anderen Steuern übliche Regelung übernommen.

- Änderung des Versicherungsteuergesetzes (Art. 2)
Durch die Änderung ist der Regelsatz bei der Versicherungsteuer von 5 vH auf 7 vH erhöht worden. Die Erhöhung bezieht sich nur auf Schadenversicherungen, die bisher dem allgemeinen Steuersatz von 5 vH unterlagen (§ 6 Abs. 1 VersStG). Neben Kraftfahrtversicherungen sind hauptsächlich Gebäude- und Hausratsversicherungen, freiwillige Unfallversicherungen sowie private Haftpflichtversicherungen betroffen. Die besonderen Steuersätze für die Seeschiffskaskoversicherung, die Hagelversicherung und die Unfallversicherung gegen Prämienrückgewähr bleiben unverändert (§ 6 Abs. 2 bis 4 VersStG).

Bei Reiseversicherungen wird der neue Steuersatz von 7 vH erstmals ab 1.7.1989 angewendet. Diese Regelung ist erforderlich, weil in diesen Fällen die Umstellung auf den neuen Steuersatz wegen des geschäftstypisch besonders gelagerten Ablaufs des Versicherungsgeschäfts zum 1.1.1989 objektiv unmöglich ist.

- Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Art. 8)

Die Geltungsdauer des ermäßigten Steuersatzes für die Personenschifffahrt wurde über den 31.12.1988 hinaus bis zum 31.12.1992 verlängert (§ 28 Abs. 4 UStG). Nach den Vorschlägen der EG-Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes (Annäherung der Mehrwertsteuersätze) sollen Personenbeförderungen vom 1.1.1993 an allgemein dem ermäßigten Steuersatz unterliegen.

- Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes (Art. 9)

Die Änderung besteht im wesentlichen in einer Einschränkung der durch das Vermögensbeteiligungsgesetz von 1983 eröffneten Möglichkeit, vermögenswirksame Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz in einer Beteiligung als stiller Gesellschafter anzulegen: Die Anlage in außerbetrieblichen stillen Beteiligungen wird, abgesehen von einer Übergangsregelung für Altverträge, ab 1989 nicht mehr zugelassen.

Dadurch wird ab 1989 grundsätzlich ausgeschlossen, daß vermögenswirksame Leistungen weiter in Unternehmen fließen, die in letzter Zeit in wachsender Zahl eigens zur Vereinbarung stiller Arbeitnehmer-Beteiligungen gegründet worden sind und durch Hinweis auf die Möglichkeit und Förderung solcher Anlage nach dem Vermögensbildungsgesetz, durch irreführende Werbung mit ungewöhnlich hohen Erträgen sowie durch unvollständige Aufklärung über Anlagerisiken viele insoweit unerfahrene Arbeitnehmer veranlaßt haben, ihre vermögenswirksamen Leistungen zu

für sie unvorteilhaften und offenbar risikoreichen Beteiligungen als stille Gesellschafter dieser Unternehmen zu verwenden.

Unverändert zulässig bleibt außer der Anlage vermögenswirksamer Leistungen in einer stillen Beteiligung am Unternehmen des Arbeitgebers insbesondere die Anlage solcher Leistungen in einer indirekten betrieblichen Beteiligung als stiller Gesellschafter einer sog. Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaft, die aufgrund eines Vertrages mit dem Arbeitgeber an dessen Unternehmen gesellschaftlich beteiligt ist.

Die Übergangsregelung sieht vor, daß vermögenswirksame Leistungen aufgrund bestimmter vor 1989 abgeschlossener Verträge bis zum vertraglich vereinbarten Zeitpunkt, höchstens aber bis Ende 1989 weiter in außerbetrieblichen stillen Beteiligung angelegt werden können. Allerdings wird der Arbeitnehmer nur, wenn er bis zum 30.9.1989 auf den 31.12.1989 kündigt, von jeglicher über das Jahr 1989 hinausreichenden vertraglichen Zahlungsverpflichtung frei, die er - falls er nicht kündigt - ab 1990 mit andern Mitteln und damit außerhalb des Anwendungsbereichs des Vermögensbildungsgesetz wird erfüllen müssen.

3.4 Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988) vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2270)

Die Änderungen im einzelnen sowie die neuen Steuersätze sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Steuer	von	Anhebung um	auf	Neue gesetzliche Steuersätze
<u>1. Mineralölsteuer</u>				
ab 1.1.1989				
= Bleifreies Benzin				
1. Stufe ab 1989	48 Pf/l	9 Pf/l	57 Pf/l	57,00 DM/hl
2. Stufe ab 1991	57 Pf/l	3 Pf/l	60 Pf/l	60,00 DM/hl
= Verbleites Benzin				
1. Stufe ab 1989	53 Pf/l	12 Pf/l	65 Pf/l	65,00 DM/hl
2. Stufe ab 1991	65 Pf/l	2 Pf/l	67 Pf/l	67,00 DM/hl
= Leichtes Heizöl	1,66 Pf/l	4 Pf/l	5,66 Pf/l	6,85 DM/100 kg
= Schweres Heizöl				
- zur Wärme- zeugung	1,5 Pf/kg	1,5 Pf/kg	3 Pf/kg	3,00 DM/100 kg
- zur Strom- zeugung	1,5 Pf/kg	4 Pf/kg	5,5 Pf/kg	5,50 DM/100 kg
= Erdgas ¹⁾	-	rd. 2,5 Pf/m ³	rd. 2,5 Pf/m ³	0,26 DM/100 kWh
= Flüssiggas ¹⁾	-	3,60 Pf/kg	3,60 Pf/kg	3,60 DM/100 kg

Steuer	von	Anhebung um	auf	Neue gesetzliche Steuersätze
<u>2. Tabaksteuer</u> (zum 1. 5.1989)	je Zigarette: 5,65 Pf + 31,5 vH des KVP 2) mind. 9 Pf/Stück	durchschn. 6 vH ³⁾	6,18 Pf/Stück + 31,5 vH des KVP 2) mind. 10 Pf/Stück	6,18 Pf/Stück + 31,5 vH des KVP 2) mind. 10 Pf/Stück
	je kg Feinschnitt: 8,40 DM + 31,8 vH des KVP 2) mind. 26 DM/kg	durchschn. 30 vH ³⁾	16 DM/kg + 30 vH des KVP 2) mind. 37 DM/kg	16 DM/kg + 30 vH des KVP 2) mind. 37 DM/kg
	je kg Pfeifentabak 4,20 DM + 20,7 vH des KVP 2) mind. 15 DM/kg	durchschn. 12,5 vH ³⁾	5,50 DM/kg + 22 vH des KVP 2) mind. 21 DM/kg	5,50 DM/kg + 22 vH des KVP 2) mind. 21 DM/kg
<u>Senkung um</u>				
	je Zigarre 14 vH des KVP 2) mind. 2,6 Pf/Stück	rd. 7 vH	13 vH des KVP ²⁾ mind. 3,1 Pf/Stück	13 vH des KVP ²⁾ mind. 3,1 Pf/Stück
	je Zigarillo 17 vH des KVP 2) mind. 3,1 Pf/Stück	rd. 23 vH		

1) Heizgase: befristet bis zum 31.12.1992.

2) Kleinverkaufspreis.

3) Bei Abwälzung der Steuerbelastung auf den Verbraucher.

Außerdem wird die mineralölsteuerliche Behandlung der Luftfahrtbetriebsstoffe neu geregelt. Die Mineralölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe wird auf die gewerbliche Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrtunternehmen beschränkt; auf die im Steuerreformgesetz 1990 vorgesehene Befreiung weiterer Luftfahrtbereiche wie der Sport- und Privatfliegerei wird verzichtet.

3.5 Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2343)

Nach dem Altersteilzeitgesetz hat ein Arbeitgeber Anspruch auf Erstattung von Lohnausgleichsleistungen, wenn er einen über 58 Jahre alten Arbeitnehmer, der seine Arbeitszeit halbiert (Altersteilzeitarbeit), das Arbeitsentgelt um mindestens 20 vH aufstockt und für den Arbeitnehmer Beiträge zur Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mindestens in Höhe des Pflichtbeitrages entrichtet, der auf den Differenzbetrag zwischen

90 vH des Vollarbeitsentgelts und dem Arbeitsentgelt für die Altersteilzeitarbeit entfällt, sofern der frei gewordene Arbeitsplatz wieder besetzt wird.

Der Aufstockungsbetrag und die Höherversicherungsbeiträge sind steuerfrei (neue Nummer 28 in § 3 EStG) und werden dem Progressionsvorbehalt (§ 32 b EStG) unterworfen. Diese Änderungen sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1989 anzuwenden.

3.6 Fünftes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22.12.1988 (BGBl. I S. 2615)

Durch das Änderungsgesetz sind die steuerlichen Abzugsregelungen für Beiträge und Spenden an politische Parteien geändert worden. Insbesondere wurde eine neue Höchstgrenze, bis zu der Beiträge und Spenden (Zuwendungen) an politische Parteien als Sonderausgaben abziehbar sind, mit Wirkung ab dem 1.1.1989 festgesetzt. Sie beträgt nunmehr 60 000 DM im Jahr; bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten wird sie verdoppelt. Anlaß für

die Änderung war ein Urteil des BVerfG vom 14.7.1986 (BStBl. II S. 694), das das seit 1984 geltende Recht hinsichtlich der Höchstgrenzen für Beiträge und Spenden an politische Parteien (§ 10 b EStG) für verfassungswidrig erklärt hat.

Für die Zeit von 1984 bis 1988 gilt eine Übergangsregelung (§ 52 Abs. 13 b EStG). Danach sind in diesem Zeitraum geleistete Beiträge und Spenden an politische Parteien bis zu 100 000/200 000 DM (Alleinst./Verh.) als Sonderausgaben abziehbar.

3.7 Gesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2358)

Artikel 1 des o.a. Gesetzes beinhaltet das sog. Strukturhilfegesetz, nach dem der Bund zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts-

kraft allen Ländern außer Hessen und Baden-Württemberg ab dem Jahr 1989 für die Dauer von 10 Jahren Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in Höhe von jährlich insgesamt 2,45 Mrd. DM gewährt. Von dem Jahresbetrag der Finanzhilfen erhalten die Länder Bayern 158 Mill. DM, Berlin 72 Mill. DM, Bremen 63 Mill. DM, Hamburg 113 Mill. DM, Niedersachsen 652 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen 756 Mill. DM, Rheinland-Pfalz 272 Mill. DM, Saarland 112 Mill. DM und Schleswig-Holstein 252 Mill. DM.

Durch Artikel 2 des o.a. Gesetzes wurde das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern geändert. In den Jahren 1989 bis 1991 erhöhen sich die Ergänzungszuweisungen des Bundes an die leistungsschwachen Länder in Höhe von jährlich 2 % des Umsatzsteueraufkommens um jährlich 50 Mill. DM. Außerdem erhöht sich der Vorabbetrag für Bremen von 1989 bis 1991 von jährlich 50 auf 100 Mill. DM.

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1989 *)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p>	
<p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 6 000/600 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p>	<p>Progressionstarif (Die tatsächliche Belastung mit Einkommensteuer stellt einen Durchschnitt dar aus Besteuerung zum 0-Satz, mit 22 % und der Grenzbesteuerung in der Progressionszone).</p> <p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p>
<p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<p>- Grundfreibetrag von 4 752/9 504 DM zu versteuerndes Einkommen</p> <p>- Untere Proportionalzone mit Steuersatz von 22 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 4 806/9 612 DM bis 18 035/36 071 DM, .</p> <p>- Progressionszone mit von 22 vH bis 56 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 18 036/36 072 DM bis 130 031/260 063 DM,</p>
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen nach Veranlagung, die gewöhnlich 9 bis 18 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf im allgemeinen mit mindestens 1-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>Berücksichtigung einer Reihe von Abzugsbeträgen und Sonderausgaben, die - vielfach ohne Rücksicht auf die dem Steuerpflichtigen tatsächlich entstehenden Kosten - die Höhe des zu versteuernden Einkommens beeinflussen; hierzu zählen insbesondere Arbeitnehmer-, Weihnachts-, Versorgungs-, Kinderfreibetrag, Werbungskosten (-pauschbetrag), Freibetrag für Land- und Forstwirte, Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge), Aufwendungen für Spenden und Beiträge, Freibetrag für Freie Berufe, außergewöhnliche Belastungen.</p>
<p><u>4.3 Kapitalertragsteuer</u>¹⁾</p>	
<p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>I.d.R. 25 vH</p> <p>Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen Anrechnung bei der Einkommen-/Körperschaftsteuerveranlagung.</p>

*) Standardangaben ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.

1) Die Kapitalertragsteuer stellt den überwiegenden Aufkommensanteil der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag; demgegenüber spielt die - jeweils bei beschränkter Steuer-

pflicht erhobene - Aufsichtsratssteuer (30 vH) und Abzugssteuer für Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. (bei Ausübung der Tätigkeit im Inland oder Verwertung von Rechten 15 bzw. 25 vH) eine untergeordnete Rolle.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich einjähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2. "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>56 vH generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigten.</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 vH des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich, je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Umsatzsteuern</u></p>	
<p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p>	
<p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn die Steuerschuld im letzten KJ nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das vorangegangene KJ nicht mehr als 600 DM beträgt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>14 vH; ermäßigter Satz von 7 vH (vor allem für Lebensmittel, Zeitschriften/Bücher, Personennahverkehr usw.); Steuerbefreiungen für Ausfuhrlieferungen, Geschäftsvorfälle im Geld- und Kapitalverkehr usw.</p> <p>Vorsteuer- und sonstige Kürzungsbeträge mindern die Steuerschuld.</p> <p>Sonderregelung u.a. für Berliner Umsätze, Land- und Forstwirtschaft, Kleinunternehmer.</p>
<p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p>	
<p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Zölle/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>14 bzw. 7 vH (ermäßigter Satz);</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p> <p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat innerhalb von fünfzehn Tagen nach Ablauf eines jeden Anmelungszeitraums die Steuer zu entrichten. Anmelungszeitraum ist der Kalendermonat (das Kalenderjahr, wenn die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr insgesamt nicht mehr als 6 000 DM betrug). Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>7 vH der Prämie bei Sachversicherung, 0,02 vH der Versicherungssumme bei Hagelversicherung, 2 vH der Prämie bei Seeschiffskaskoversicherung, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p> <p><u>4.7.1 Zölle</u></p> <p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Begründung von Freihandelszonen, mit den Rest-EFTA-Ländern, Einräumung von Zollpräferenzen gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (hauptsächlich Entwicklungsländer). Wegen des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 Verwirklichung der Zollunion zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten durch schrittweise Senkung der Zollsätze ab 1.3.1986 in 8 unterschiedlichen Schritten zwischen 10 und 15 % (für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse letzte Senkungsstufe 1.1.1996).</p>
<p><u>4.7.2 Tabaksteuer</u></p> <p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakwaren aus dem Herstellungsbetrieb²⁾ anzubringen und zu entwerfen sind. Sie wird fällig bei Zigaretten, Rauchtabak und Zigarettenhüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die bis zum 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. des nächsten Monats (für die vom 1.-15.12. bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27.12.), - für die nach dem 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. des nächsten Monats; <p>bei Zigarren und Zigarillos</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einem Steuerzeichenbezug wie oben - am 10. bzw. 25. des übernächsten Monats. 	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Feinschnitt (1989 95,3 % bzw. 3,7 % der gesamten Tabaksteuereinnahmen), Zigarren, Zigarillos, Pfeifen-, Schnupf-, Kautabak und Zigarettenhüllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zigaretten: 6,18 Pf/St + 31,5 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 10 Pf/St. - Feinschnitt: 16 DM/kg + 30 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 37 DM/kg.

2) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze zwischen 3,60 DM je kg Rohkaffee, nicht entkoffeiniert, und DM 9,90 je kg Trockenmasse flüssiger Auszüge oder Essenzen aus entkoffeiniertem Kaffee.</p>
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p> <p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung (Branntweinsteuer), - bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag³⁾), - bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich). <p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf die Fälligkeit (Übergang des Branntweins in den freien Verkehr) folgenden Monats; für Branntwein, der im Oktober in den freien Verkehr übergegangen ist, spätestens bis zum 27. Dezember.</p>	<p>2 550 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl für Branntwein (einschl. Substitutionsalkohole) zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p>
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>Für eine ganze Flasche (0,75 l)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaumwein 2,- DM - Schaumweinähnliche Getränke 0,40 DM
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bleiarmes Benzin 57,- DM/hl - Bleihaltiges Benzin 65,- DM/hl - Dieselmotortreibstoff und Schmieröl 53,25 DM/100 kg - Ermäßigte Sätze: Leichtes Heizöl 6,85 DM/100 kg - Schweres Heizöl - Zur Wärmeerzeugung 3,- DM/100 kg - Zur Stromerzeugung 5,50 DM/100 kg - Erdgas 0,26 DM/100 kWh.

3) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2

BranntwMonG (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.

4) Fußnotentext unter 4.7.2

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November nach zuletzt durchgeführter Haupt- (i.d.R. dreijährlich) oder Neuveranlagung (bei zwischenzeitlicher Änderung der Bemessungsgrundlage). Abrechnung über die Vorauszahlungen im Bescheid der Hauptveranlagung (oder Neuveranlagung), die gewöhnlich 1-2 Jahre nach dem Hauptveranlagungsstichtag durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt deshalb der wirtschaftlichen Entwicklung in etwa mit 1 1/2-jähriger Verzögerung.</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens für natürliche Personen,</p> <p>0,6 vH für juristische Personen,</p> <p>Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM; außerdem unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlicher Freibetrag wegen Alters oder Behinderung bis 50 000 DM; Freibetrag für Betriebsvermögen für jeden Steuerpflichtigen, dem Betriebsvermögen zugerechnet wird, von 125 000 DM, der übersteigende Teil wird mit 75 % (Handelsschiffsvermögen 50 %) seines steuerlichen Wertes angesetzt.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere zeitliche Abstände zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend persönliche Freibeträge zwischen 2 000 und 250 000 DM, daneben ggf. besondere Freibeträge.</p> <p>Steuersätze je nach Höhe des Erwerbs und Steuerklasse des Erwerbers zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung.</p>	<p>2 vH des Wertes der Gegenleistung (z.B. Kaufpreis); wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, des Wertes des Grundstücks. Ausnahmen von der Besteuerung u.a. für den Grundstückserwerb von Todes wegen oder durch den Ehegatten des Veräußerers.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Festsetzung durch Steuerbescheid. I.d.R. jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen mit einem Aufgeld von 3 bzw. 6 vH möglich. Das Aufkommen folgt mit mindestens einmonatiger Verzögerung der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes.</p>	<p>Jahressteuer für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krafträder: 3,60 DM je 25 cm³ Hubraum - Pkw mit Hubkolbenantrieb (außer Diesel): <ul style="list-style-type: none"> - schadstoffarm oder bedingt³schadstoffarm Stufe C 13,20 DM je 100 cm³ - bedingt schadstoffarm Stufe A (auf Dauer) oder B (nur für 3 Jahre) 13,20 DM je 100 cm³ - herkömmliche (nicht-schadstoffarme) Pkw <ul style="list-style-type: none"> - bei Erstzulassung vor dem 1.1.1986 18,80 DM je 100 cm³ - bei Erstzulassung nach dem 31.12.1985 21,60 DM je 100 cm³ - Pkw mit Dieselmotor: <ul style="list-style-type: none"> - schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm 21,60 je 100 cm³ - nicht schadstoffarm <ul style="list-style-type: none"> 1. Zulassung vor 1.1.86 27,20 je 100 cm³ 1. Zulassung nach 31.12.85 30,- je 100 cm³ - alle anderen Fahrzeuge je nach Gewichtsklasse zwischen 22,- und 166,- DM je 200 kg Gesamtgewicht. <p>Ab 1.7.1985 zeitlich unterschiedlich befristete Steuerbefreiungen zwischen 6 Monaten und 6 Jahren 10 Monaten, gestaffelt nach Hubraumgrößen und Anerkennungszeiträumen. Halbierung der Befreiungsdauer bei Diesel-Pkw.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u>	
4.12.1 Renn- und Sportwettsteuer 3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.	16 2/3 vH der Wetteinsätze.
4.12.2 Lotteriesteuer Vom Finanzamt festgelegte Fristen. Das Aufkommen an Rennwett- und Lotteriesteuer folgt der Wett- und Lotteriebeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.	20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.
<u>4.13 Biersteuer</u> Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb ⁷⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.	Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl; Ausfuhr und Haustrunk steuerfrei; Vergünstigungen für Hausbrauer.
<u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u> Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet. Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.	Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1988: 261 %). Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1988: 303 %). - Beschränkung auf Bodenwertanteile bei öffentlich geförderten oder begünstigten Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.
<u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u> Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag ⁸⁾ und das Gewerbekapital ⁸⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.	StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals. Freibeträge beim Gewerbeertrag: 36 000 DM für natürliche Personen und Personengesellschaften Gewerbekapital: 120 000 DM. Freigrenze: 5 000 DM beim Gewerbeertrag für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, kirchlichen u.ä. Körperschaften. Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1988: 362 %).

7) Fußnotentext unter 4.7.2.

8) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

<div>Steuerart</div> <div>Steuerentrichtung</div>	<div>Tarif</div>
<p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung.</p> <p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung bis zum 1. Mai, 1. August und 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr⁹⁾.</p> <p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p> <p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>

9) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.

Nachstehend wird die Einnahmeentwicklung der finanziell bedeutendsten Steuern kurz kommentiert. Sofern nichts anderes vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Jahresergebnis.

Lohnsteuer (+ 8,6 %)

Die Einnahmen wurden, wie das Bundesministerium der Finanzen ausführt, durch höhere Beschäftigung, höhere Effektivlöhne sowie geringere Erstattungen im Lohnsteuerjahresausgleich positiv beeinflusst. Von dem Steueraufkommen sind folgende Beträge bereits abgesetzt:

- Arbeitnehmersparzulage nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz (Hochrechnung der bisher vorliegenden Teilergebnisse 2,25 Mrd. DM (1988 = 2,20 Mrd. DM)),
- Arbeitnehmer-Zulagen nach dem Berlinförderungsgesetz: 2,90 Mrd. DM (1988 = 2,85 Mrd. DM),
- Bergmannsprämien: 0,19 Mrd. DM (1988: 0,19 Mrd. DM).

Das Lohnsteueraufkommen wurde durch den Lohnsteuerjahresausgleich für das Jahr 1988 im Jahr 1989 nach vorläufigen Ergebnissen um 5,44 Mrd. DM (Vorjahr: 5,82 Mrd. DM) gemindert.

Die Lohnsteuer ist eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer. Ihre Einnahmen überschneiden sich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer bei der Veranlagung von Arbeitnehmern gemäß § 46 EStG in der Weise, daß Erstattungen und Nachzahlungen nicht bei der Lohnsteuer, sondern bei der veranlagten Einkommensteuer gebucht werden. Wegen dieser und anderer Überschneidungen empfiehlt es sich, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer in einer Summe darzustellen. Die Summe belief sich auf 218 632 Mill. DM, womit das Ergebnis von 1988 um 17 938 Mill. DM = + 8,9 % übertroffen wurde.

Veranlagte Einkommensteuer (+ 10,9 %)

Unter dem Einfluß der Anrechnung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer hat sich das kassenmäßige Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer immer mehr zu einer Restgröße entwickelt.

Rechnet man zu den Ist-Einnahmen von 36,8 Mrd. DM (Vorjahr: 33,2 Mrd. DM) die Investitionszulagen gemäß §§ 1, 4, 4a und 4b Investitionszulagengesetz und § 19 BerlinFG in Höhe von 1,0 Mrd. DM (0,8 Mrd. DM) und die Erstattungen gemäß § 46 EStG von 19,7 Mrd. DM (20,1 Mrd. DM) hinzu, so ergibt sich laut BMF ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 57,5 Mrd. DM (54,1 Mrd. DM), womit das Aufkommen von 1988 um 6,3 % übertroffen wurde.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (+ 44,9 %)

Laut BMF beruht die kräftige Zunahme insbesondere auf Einnahmen von 4,2 Mrd. DM aus der "kleinen" Kapitalertragsteuer, die vom 1.1. bis 30.6.1989 erhoben wurde. Allerdings könne der Betrag von 4,2 Mrd. DM nicht vollständig als "echte" Mehreinnahme angesehen werden. Abgesehen von der späteren Anrechnung bei der Veranlagung bisher Steuerehrlicher ist schon 1989 die Besteuerung von Zinserträgen im Unternehmensebereich mit entsprechenden Herabsetzungen von Vorauszahlungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer gegenzurechnen; hierüber liegen allerdings keine Anschreibungen vor. Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" hat im November 1989 einen Betrag von 2,4 Mrd. DM geschätzt, so daß sich nach diesem Ansatz "echte" Mehreinnahmen aus der kleinen Kapitalertragsteuer im Jahre 1989 von 1,8 Mrd. DM ergeben.

Körperschaftsteuer (+ 13,9 %)

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer zeigten mit einer Zunahme um + 13,9 % eine deutliche Reaktion auf die gute Gewinnlage der Kapitalgesellschaften.

Rechnet man zu den Ist-Einnahmen von 34,2 Mrd. DM (Vorjahr: 30,0 Mrd. DM) die Investitionszulagen gem. §§ 1, 4, 4a und 4b Investitionszulagengesetz und § 19 BerlinFG in Höhe von 1,8 Mrd. DM (2,0 Mrd. DM) hinzu, so ergibt sich laut BMF ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 36,0 Mrd. DM (32,0 Mrd. DM), womit das Vorjahresergebnis um 12,4 % überschritten wurde.

Steuern vom Umsatz (+ 6,6 %)

Wie das BMF anmerkt, fiel neben der höheren mehrwertsteuerpflichtigen Endnachfrage die erste Stufe des Abbaus der Sonderbeihilfe für die Landwirtschaft ins Gewicht.

Die Zuwachsrate ergab sich bei nur mäßigem Wachstum der Umsatzsteuer (+ 0,5 %) vor allem aus dem stärkeren Anstieg bei den Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer (+ 14,1 %).

Versicherungsteuer (+ 44,3 %)

Das Mehrergebnis geht insbesondere auf die Anhebung des Steuersatzes zum 1.1.1989 zurück.

Tabaksteuer (+ 6,6 %)

Mit Wirkung vom 1. Mai 1989 wurde die Tabaksteuer für Zigaretten und Rauchtabak erhöht. Außerdem wurden die Steuersätze für Zigarren und Zigarillos vereinheitlicht und gesenkt. Hieraus ergaben sich in Verbindung mit der Verbrauchs- und Preisentwicklung für Zigaretten und Rauchtabak Mehr-, für Zigarren und Zigarillos Mindereinnahmen aus der Tabaksteuer.

Mineralölsteuer (+ 21,9 %)

Da der steuerpflichtige Verbrauch von Benzin und Dieselkraftstoff gegenüber dem Vorjahr nur mäßig zugenommen hat (laut Mineralölsteuerstatistik Benzin + 0,6 %, Diesel + 2,1 %), ergaben sich die Mehreinnahmen zum größten Teil aus den Steuersatzanhebungen zum 1.1.1989. Wie das BMF ausführt, erbrachte die in den Einnahmen aus der Mineralölsteuer enthaltene Mineralölsteuer auf Heizöl 2 008 Mill. DM, womit das Ergebnis des Jahres 1988 um 1 257 Mill. DM = + 67,5 % überschritten wurde. Daneben traten erstmals Einnahmen aus der Erdgassteuer in Höhe von 1 168 Mill. DM auf. Auf die Mineralölsteuer auf Treibstoffe entfiel damit ein Aufkommen von 29 789 Mill. DM (+ 3 508 Mill. DM = + 13,3 %).

Vermögensteuer (+ 4,0 %)

Zwar hat zum 1.1.1989 wieder eine neue Hauptveranlagung der Vermögen stattgefunden, doch dürften die Ergebnisse frühestens 1990 kassenwirksam werden.

Kraftfahrzeugsteuer (+ 12,2 %)

Das Ergebnis kam zustande unter dem Einfluß auslaufender Steuervergünstigungen sowie höherer Steuersätze für Diesel-PKw.

Zölle (+ 7,4 %)

Gemessen am Einfuhrwert der Waren aus Nicht-EG-Ländern (unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Zeitverschiebung von einem Monat zwischen Zollentstehung und Kasseneingang betrug dieser 1989 247 Mrd. DM = + 18,1 %) ist das Aufkommen an Zöllen nur unterproportional gestiegen.

Grundsteuer B (+ 3,2 %)

Aus den Meldungen der Statistischen Landesämter über Änderungen von Realsteuerhebesätzen geht hervor, daß der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sich 1989 lediglich um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr erhöht hat. Legt man diese Steigerungsrate auf das hebesatzbereinigte Istaufkommen (= Grundbeträge) 1988 aller Gemeinden an, so zeigt sich, daß lediglich ein Sechstel des Mehraufkommens der Grundsteuer B 1989 gegenüber 1988 auf Hebesatzanhebungen, aber fünf Sechstel auf Veränderungen der Bemessungsgrundlage zurückgehen.

Gewerbsteuer (+ 6,5 %)

1989 verlief die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens laut Gemeindefinanzbericht 1990 des Deutschen Städtetages erwartungsgemäß gedämpft, weil hauptsächlich die Veranlagungen der relativ schwachen Ergebnisse für das Jahr 1987 kassenwirksam wurden. So lag der bundesdurchschnittliche Zuwachs des Bruttoaufkommens der Gewerbsteuer im ersten Halbjahr bei + 3,8 %. Die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unerwartet stark gewachsenen Vorauszahlungen spiegeln die inzwischen deutlich gestiegenen Gewinnerwartungen wider. Demgegenüber spielte die leichte Erhöhung des bundesdurchschnittlichen Hebesatzes von 0,3 % nur eine untergeordnete Rolle.

Grunderwerbsteuer (+ 19,4 %)

In den Steuermehreinnahmen dürften sich anziehende Preise auf dem Immobilienmarkt, unter Umständen auch eine steigende Zahl von Erwerbsvorgängen auswirken; eine Aufteilung auf diese beiden Einflußfaktoren ist im Rahmen der Statistik über die kassenmäßigen Steuereinnahmen jedoch nicht möglich.

T a b e l l e n t e i l

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1989

1.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1989	4. Vj 1988	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	150 312,0	137 272,5	+ 13 039,4	+ 9,5
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	110 419,3	101 974,8	+ 8 444,5	+ 8,3
Lohnsteuer	53 777,7	49 561,5	+ 4 216,2	+ 8,5
Veranlagte Einkommensteuer	11 205,4	10 251,2	+ 954,2	+ 9,3
Kapitalertragsteuer	1 108,7	1 181,0	- 72,3	- 6,1
Körperschaftsteuer	9 341,1	8 759,3	+ 581,8	+ 6,6
Umsatzsteuer	17 937,3	17 067,9	+ 869,4	+ 5,1
Einfuhrumsatzsteuer	17 049,1	15 153,9	+ 1 895,2	+ 12,5
Bundessteuern ¹⁾	20 528,8	17 375,8	+ 3 153,0	+ 18,1
Gesellschaftsteuer	146,8	83,5	+ 63,3	+ 75,8
Börsenumsatzsteuer	224,6	150,9	+ 73,7	+ 48,9
Versicherungsteuer	712,6	506,5	+ 206,1	+ 40,7
Wechselsteuer	72,5	74,7	- 2,2	- 2,9
Tabaksteuer	5 612,0	5 052,2	+ 559,8	+ 11,1
Kaffeesteuer	446,5	453,9	- 7,4	- 1,6
Teesteuer	14,2	13,4	+ 0,8	+ 6,3
Zuckersteuer	47,5	46,5	+ 1,0	+ 2,1
Salzsteuer	11,2	11,2	- 0,1	- 0,5
Branntweinabgaben	1 218,7	1 266,0	- 47,3	- 3,7
Schaumweinsteuer	283,5	245,9	+ 37,6	+ 15,3
Leuchtmittelsteuer	38,9	36,6	+ 2,3	+ 6,2
Mineralölsteuer	11 699,4	9 461,8	+ 2 237,7	+ 23,6
Ergänzungsabgabe	0,5	3,8	- 3,3	- 87,7
Pauschalierte Eingangsabgaben	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	x
Sonstige Bundessteuern ¹⁾	0,1	- 30,9	+ 31,0	x
Landessteuern	6 041,1	5 394,1	+ 647,0	+ 12,0
Vermögensteuer	1 550,6	1 489,3	+ 61,3	+ 4,1
Erbschaftsteuer	583,4	508,4	+ 75,0	+ 14,8
Grunderwerbsteuer	1 002,1	770,2	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	2 014,1	1 763,9	+ 250,1	+ 14,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	514,6	493,5	+ 21,0	+ 4,3
dar.: Lotteriesteuer	468,9	452,8	+ 16,1	+ 3,6
Biersteuer	296,7	291,3	+ 5,4	+ 1,8
Feuerschutzsteuer	79,6	77,4	+ 2,3	+ 2,9
Zölle (100 %)	1 823,3	1 676,8	+ 146,5	+ 8,7
Gemeindesteuern	11 499,5	10 820,2	+ 679,3	+ 6,3
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	119,5	119,5	- 0,0	- 0,0
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 693,1	1 627,9	+ 65,2	+ 4,0
Gewerbsteuer	9 457,7	8 852,0	+ 605,7	+ 6,8
Grunderwerbsteuer	67,2	61,7	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	162,0	159,1	+ 2,9	+ 1,8
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	1 069,3	831,9	+ 237,5	+ 28,5

1) Einschl. EGKS-Zölle (1989 nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1989

1.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1989	4. Vj 1988	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	156 709,3	143 133,2	+ 13 576,1	+ 9,5
EG-Eigenmittel insgesamt	5 733,6	8 288,6	- 2 555,0	- 30,8
Zölle	1 823,2	1 707,7	+ 115,5	+ 6,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	3 511,2	3 552,5	- 41,3	- 1,2
BSP-Eigenmittel	399,2	3 028,4	- 2 629,2	- 86,8
Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	73 548,2	63 346,5	+ 10 201,7	+ 16,1
Bundessteuern ²⁾	20 528,8	17 375,8	+ 3 153,0	+ 18,1
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	27 617,8	25 420,4	+ 2 197,4	+ 8,6
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	5 224,9	4 970,2	+ 254,7	+ 5,1
Steuern vom Umsatz ³⁾ (65 %)	19 229,9	17 391,7	+ 1 838,3	+ 10,6
Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 345,9	1 216,9	+ 129,0	+ 10,6
Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe) .	399,2	3 028,4	- 2 629,2	- 86,8
Steuereinnahmen der Länder	52 475,0	48 279,2	+ 4 195,8	+ 8,7
Landessteuern	6 041,1	5 394,1	+ 647,0	+ 12,0
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	27 617,8	25 420,4	+ 2 197,4	+ 8,6
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	5 224,9	4 970,2	+ 254,7	+ 5,1
Steuern vom Umsatz (35 %)	12 245,2	11 277,6	+ 967,6	+ 8,6
Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 345,9	1 216,9	+ 129,0	+ 10,6
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 777,2	3 485,1	+ 292,2	+ 8,4
Länder ohne Stadtstaaten	48 697,8	44 794,1	+ 3 903,6	+ 8,7
Steuereinnahmen der Gemeinden	24 952,6	23 218,9	+ 1 733,6	+ 7,5
Gewerbsteuer (brutto)	9 457,7	8 852,0	+ 605,7	+ 6,8
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 674,7	2 408,3	+ 266,4	+ 11,1
Gewerbsteuer (netto)	6 783,0	6 443,8	+ 339,3	+ 5,3
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	16 127,7	14 807,0	+ 1 320,7	+ 8,9
Übrige Gemeindesteuern	2 041,8	1 968,2	+ 73,6	+ 3,7
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	1 376,7	1 301,1	+ 75,6	+ 5,8
Gemeinden/Gv.	23 575,8	21 917,8	+ 1 658,0	+ 7,6
Kreisfreie Städte	8 848,6	8 341,6	+ 507,0	+ 6,1
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	14 678,7	13 528,6	+ 1 150,1	+ 8,5
mit weniger als 10 000 Einwohnern	4 987,1	4 576,7	+ 410,4	+ 9,0
mit 10 000 Einwohnern und mehr	9 691,6	8 952,0	+ 739,7	+ 8,3
Landkreise	48,5	47,6	+ 1,0	+ 1,9
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,0	- 0,4	+ 0,4	x

1) Ohne BSP-Eigenmittel.

2) Einschl. EGKS-Zölle (1989 nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1989

1.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Viertel- jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung						Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern 1)	Landes- steuern	Zölle (100 %)	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	4./89	110 419,3	20 528,8	6 041,1	1 823,3	11 499,5	150 312,0	52 475,0	24 952,6
	4./88	101 974,8	17 375,8	5 394,1	1 676,8	10 820,2	137 272,5	48 279,2	23 218,9
Schleswig-Holstein ...	4./89	3 213,7	154,6	213,3	30,1	340,7	3 952,4	1 938,6	938,8
	4./88	3 085,3	143,5	204,4	27,4	314,5	3 775,2	1 722,3	860,9
Niedersachsen	4./89	8 670,5	871,5	563,4	92,4	1 109,7	11 307,6	5 416,7	2 617,6
	4./88	7 995,6	650,8	512,1	92,6	942,3	10 193,4	4 997,5	2 309,6
Nordrhein-Westfalen ..	4./89	33 728,7	5 486,8	1 627,0	669,8	3 376,1	44 888,4	14 574,0	7 242,4
	4./88	30 101,2	4 759,2	1 442,1	444,6	3 316,1	40 063,1	13 347,9	6 915,7
Hessen	4./89	11 475,9	757,7	585,0	191,3	1 112,1	14 122,0	5 167,1	2 445,4
	4./88	11 090,2	599,7	550,9	215,4	1 121,6	13 577,7	4 920,9	2 359,4
Rheinland-Pfalz	4./89	4 979,7	480,0	276,1	37,7	759,3	6 532,6	2 847,7	1 161,7
	4./88	4 705,6	442,0	247,9	50,2	621,4	6 067,0	2 616,3	999,2
Baden-Württemberg	4./89	18 471,8	1 270,3	988,2	141,1	1 799,1	22 670,5	8 515,4	4 189,8
	4./88	17 195,9	1 308,3	877,9	158,3	1 683,1	21 223,5	7 932,1	3 826,4
Bayern	4./89	18 767,1	1 293,3	1 170,1	265,9	1 922,0	23 418,5	9 446,6	4 667,6
	4./88	17 412,9	614,0	1 047,9	274,8	1 810,9	21 160,6	8 494,8	4 344,8
Saarland	4./89	1 435,1	23,8	68,8	7,7	146,1	1 681,7	791,6	312,6
	4./88	1 355,1	25,0	65,0	8,2	139,7	1 593,1	762,4	301,8
Hamburg	4./89	6 248,2	5 443,2	262,4	285,2	501,3	12 740,3	1 841,3	746,4
	4./88	5 755,4	4 680,4	182,1	280,0	486,4	11 384,3	1 655,9	738,1
Bremen	4./89	1 498,3	268,1	61,8	81,0	159,0	2 068,3	558,4	252,5
	4./88	1 414,0	246,9	59,5	97,2	146,1	1 963,7	538,8	237,0
Berlin (West)	4./89	1 930,2	4 479,3	225,1	21,0	274,0	6 929,6	1 377,5	377,8
	4./88	1 863,7	3 936,9	204,3	28,1	238,0	6 271,0	1 290,4	326,0

1) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	110 419 284	3 213 696	8 670 511	33 728 724	11 475 930
2	Lohnsteuer	53 777 703	1 650 059	4 812 395	15 180 872	5 880 814
3	Veranlagte Einkommensteuer	11 205 384	433 268	947 437	3 872 564	867 160
4	Kapitalertragsteuer	1 108 738	29 144	110 336	255 131	125 509
5	Körperschaftsteuer	9 341 065	212 379	716 896	2 348 849	1 330 304
6	Umsatzsteuer	17 937 268	477 623	1 199 534	5 601 628	1 404 148
7	Einfuhrumsatzsteuer	17 049 126	411 223	883 913	6 469 680	1 867 995
8	Bundessteuern ¹⁾	20 528 794	154 615	871 523	5 486 834	757 740
9	Gesellschaftsteuer	146 819	3 949	5 271	40 551	17 602
10	Börsenumsatzsteuer	224 600	1 138	6 739	50 021	71 115
11	Versicherungsteuer	712 561	6 379	55 193	227 043	82 082
12	Wechselsteuer	72 522	711	3 231	19 163	13 945
13	Tabaksteuer	5 611 980	42	52	1 198 686	36
14	Kaffeesteuer	446 484	3 969	22 525	8 139	1 620
15	Teesteuer	14 210	407	3 216	3 371	821
16	Zuckersteuer	47 525	1 804	9 760	15 652	1 077
17	Salzsteuer	11 158	111	5 094	1 713	2
18	Branntweinabgaben	1 218 701	107 343	182 077	317 942	124 772
19	Schaumweinsteuer	283 532	480	686	15 217	101 759
20	Leuchtmittelsteuer	38 900	53	2 080	14 928	2 503
21	Mineralölsteuer	11 699 446 ^{a)}	28 115	575 207	3 577 004	339 909
22	Ergänzungsabgabe	470	8	62	195	- 12
23	Pauschalierte Eingangsabgaben	- 224	106	330	- 2 849	507
24	Sonstige Bundessteuern ¹⁾	110	-	0	58	2

1) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

a) Darunter 839 465 (000) DM Heizölsteuer und 443 231 (000) DM Erdgassteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1989

und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

4 979 653	18 471 830	18 767 090	1 435 147	100 742 581	6 248 185	1 498 278	1 930 242	9 676 705	1
2 250 345	9 280 190	9 504 084	743 055	49 301 814	2 676 813	753 544	1 045 533	4 475 890	2
507 561	2 027 990	1 734 459	69 069	10 459 508	467 003	141 122	137 750	745 875	3
34 931	237 568	184 803	5 629	983 051	52 773	7 794	65 122	125 689	4
697 052	1 803 126	1 526 424	66 406	8 701 436	407 770	57 664	174 196	639 630	5
969 370	2 884 192	3 285 070	268 988	16 090 553	1 302 378	161 943	382 394	1 846 715	6
520 394	2 238 764	2 532 250	282 000	15 206 219	1 341 448	376 211	125 247	1 842 906	7
479 955	1 270 339	1 293 339	23 822	10 338 167	5 443 241	268 109	4 479 263	10 190 613	8
4 956	24 497	26 138	756	123 720	12 827	818	9 453	23 098	9
4 329	25 043	42 065	738	201 188	14 316	1 184	7 912	23 412	10
6 797	58 750	165 594	2 492	604 330	94 643	4 866	8 721	108 230	11
1 772	13 435	11 538	698	64 493	4 213	2 878	938	8 029	12
25	226 834	246	4	1 425 925	75	3	4 185 976	4 186 054	13
12 511	2 469	4 738	2	55 973	52 014	186 604	151 892	390 510	14
21	245	113	1	8 195	3 916	2 054	46	6 016	15
- 10	14 017	3 655	165	46 120	836	140	429	1 405	16
145	1 680	2 190	163	11 098	- 4	16	45	57	17
167 329	66 175	85 823	4 933	1 056 394	86 325	23 177	52 803	162 305	18
127 255	14 622	14 801	6 171	280 991	1 799	563	178	2 540	19
78	1 454	12 751	355	34 202	236	83	4 378	4 697	20
154 640	820 666	922 679	7 304	6 425 524	5 171 903	45 690	56 328	5 273 921	21
1	152	22	2	430	10	5	24	39	22
106	257	981	37	- 525	131	28	140	299	23
-	43	5	1	109	1	-	-	1	24

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
25	Landessteuern	6 041 134	213 273	563 409	1 626 995	585 013
26	Vermögensteuer	1 550 644	37 362	126 094	438 328	172 208
27	Erbschaftsteuer	583 401	25 121	42 600	166 630	48 260
28	Grunderwerbsteuer	1 002 100	40 370	84 091	246 816	110 393
29	Kraftfahrzeugsteuer	2 014 086	82 549	234 387	530 941	186 702
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	514 555	19 105	54 739	147 161	42 909
31	Totalisatorsteuer	25 227	567	383	10 921	861
32	Andere Rennwettsteuer	5 893	30	454	2 792	538
33	Lotteriesteuer	468 926	18 508	53 902	128 340	39 765
34	Sportwettsteuer ¹⁾	14 509	-	-	5 107	1 745
35	Feuerschutzsteuer	79 643	1 869	4 757	6 919	9
36	Biersteuer	296 704	6 897	16 740	90 201	24 533
37	Sonstige	0	-	-	-	-
38	Zölle (100 %)	1 823 297	30 110	92 406	669 772	191 298
39	Gemeindesteuern	11 499 523	340 701	1 109 733	3 376 119	1 112 059
40	Grundsteuern	1 812 540	79 649	222 797	498 958	147 788
41	Gewerbsteuer (brutto)	9 457 724	248 734	858 458	2 808 073	951 135
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	229 259	12 318	28 478	69 088	13 136
43	Steuereinnahmen insgesamt	150 311 922	3 952 395	11 307 582	44 888 386	14 122 038
n a c h d e r						
44	EG-Eigenmittel insgesamt	5 733 589	x	x	x	x
45	Zölle	1 823 186	x	x	x	x
46	Mehrwertsteuer-Eigenmittel	3 511 207	x	x	x	x
47	BSP-Eigenmittel	399 196	x	x	x	x
48	Steuereinnahmen des Bundes ²⁾	73 548 179	x	x	x	x
49	Bundessteuern ³⁾	20 528 794	x	x	x	x
50	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	32 842 714	x	x	x	x
51	Steuern vom Umsatz ⁴⁾ (65 %)	19 229 949	x	x	x	x
52	Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 345 918	x	x	x	x
53	Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe)	399 196	x	x	x	x
54	Steuereinnahmen der Länder	52 475 004	1 938 592	5 416 737	14 574 027	5 167 141
55	Landessteuern	6 041 134	213 273	563 409	1 626 995	585 013
56	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	32 842 714	1 157 938	3 100 515	9 255 991	3 453 033
57	Steuern vom Umsatz (35 %)	12 245 238	527 362	1 636 363	3 302 418	978 445
58	Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 345 918	40 019	116 450	388 623	150 650
59	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	24 952 565	938 762	2 617 614	7 242 371	2 445 356
60	Gemeindesteuern	11 499 523	340 701	1 109 733	3 376 119	1 112 059
61	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 674 705	80 038	232 879	777 246	301 278
62	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	16 127 748	678 099	1 740 760	4 643 498	1 634 575
63	Steuereinnahmen insgesamt	156 709 337	x	x	x	x
Außerdem:						
64	Lastenausgleichsabgaben	49	-	3	29	-

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Ohne BSP-Eigenmittel.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1989

und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
276 082	988 173	1 170 090	68 836	5 491 871	262 355	61 823	225 085	549 263	25
65 792	273 802	278 364	8 899	1 400 849	73 950	20 979	54 867	149 796	26
20 358	73 320	114 339	3 416	494 044	33 078	6 809	49 470	89 357	27
-	184 857	216 717	3 427	886 671	74 613	1 277	39 538	115 428	28
127 588	344 717	358 774	34 734	1 900 392	42 370	20 294	51 029	113 693	29
34 442	71 831	80 307	8 987	459 481	29 050	4 893	21 130	55 073	30
1	2 935	4 822	-	20 490	1 909	134	2 694	4 737	31
-	1 027	326	11	5 178	714	-	-	714	32
34 441	63 937	71 993	8 976	419 862	25 868	4 759	18 436	49 063	33
-	3 932	3 166	-	13 950	560	-	-	560	34
9 168	5 183	48 223	839	76 967	56	537	2 084	2 677	35
18 733	34 464	73 364	8 533	273 465	9 236	7 034	6 968	23 238	36
-	0	-	-	0	-	-	-	-	37
37 656	141 098	265 948	7 739	1 436 027	285 236	81 020	21 014	387 270	38
759 287	1 799 144	1 922 018	146 129	10 565 190	501 304	159 035	273 994	934 333	39
95 194	216 349	343 396	31 258	1 635 389	93 229	34 397	49 525	177 151	40
607 453	1 565 413	1 570 790	107 925	8 717 981	403 742	115 758	220 243	739 743	41
56 640	17 382	7 832	6 946	211 820	4 333	8 880	4 226	17 439	42
6 532 633	22 670 541	23 418 480	1 681 672	128 573 727	12 740 320	2 068 265	6 929 598	21 738 183	48
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
2 847 684	8 515 368	9 446 588	791 643	48 697 780	1 841 323	558 426	1 377 475	3 777 224	54
276 082	988 173	1 170 090	68 836	5 491 871	262 355	61 823	225 085	549 263	55
1 782 211	5 633 205	5 766 367	399 080	30 548 340	1 242 989	353 854	697 531	2 294 374	56
724 851	1 657 305	2 280 517	310 442	11 417 703	281 662	135 491	410 382	827 535	57
64 540	236 685	229 614	13 285	1 239 866	54 317	7 258	44 477	106 052	58
1 161 698	4 189 817	4 667 607	312 593	23 575 818	746 383	252 517	377 847	1 376 747	59
759 287	1 799 144	1 922 018	146 129	10 565 190	501 304	159 035	273 994	934 333	60
88 101	473 370	483 445	26 244	2 462 601	108 635	14 516	88 953	212 104	61
490 512	2 864 043	3 229 034	192 708	15 473 229	353 714	107 999	192 806	654 519	62
x	x	x	x	x	x	x	x	x	63
8	-	1	-	41	7	-	-	7	64

3) Einschl. EKGS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

4) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/GV.

2.1 Nach Steuerarten

Mill.

Lfd. Nr.	Steuerart	Viertel-jahr	Bundes-gebiet	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
1	Steuern insgesamt	4./89	24 952,6	938,8	2 617,6	7 242,4	2 445,4
2		3./89	18 233,3	603,7	1 689,3	5 380,5	1 911,0
3		4./88	23 218,9	860,9	2 309,6	6 915,7	2 359,4
4	Grundsteuer A	4./89	119,5	7,2	25,1	11,1	6,6
5		3./89	116,6	8,1	27,6	15,2	9,3
6		4./88	119,5	7,6	25,1	12,9	6,6
7	Grundsteuer B	4./89	1 693,1	72,4	197,7	487,9	141,2
8		3./89	2 249,7	90,4	247,1	669,1	173,9
9		4./88	1 627,9	60,6	193,5	464,5	136,4
10	Gewerbesteuer (brutto)	4./89	9 457,7	248,7	858,5	2 808,1	951,1
11		3./89	9 492,5	251,9	774,7	2 916,7	1 115,6
12		4./88	8 852,0	238,6	699,0	2 773,6	949,4
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4./89	2 674,7	80,0	232,9	777,2	301,3
14		3./89	1 291,4	38,2	119,3	338,4	137,7
15		4./88	2 408,3	75,8	202,9	687,6	242,5
16	Gewerbsteuer (netto)	4./89	6 783,0	168,7	625,6	2 030,8	649,9
17		3./89	8 201,1	213,8	655,4	2 578,3	977,9
18		4./88	6 443,8	162,8	496,1	2 086,0	706,9
19	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	4./89	16 127,7	678,1	1 740,8	4 643,5	1 634,6
20		3./89	7 423,9	278,9	728,1	2 040,0	745,2
21		4./88	14 807,0	622,2	1 570,1	4 287,3	1 480,3
22	Grunderwerbsteuer	4./89	67,2	-	2,4	-	3,6
23		3./89	70,9	-	2,4	-	2,4
24		4./88	61,7	-	3,2	-	5,7
25	Sonstige Steuern und steuer-ähnliche Einnahmen	4./89	162,0	12,3	26,1	69,1	9,5
26		3./89	171,0	12,4	28,7	77,8	2,3
27		4./88	159,1	7,7	21,5	65,1	23,4

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1989

und Ländern

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Lfd. Nr.
1 161,7	4 189,8	4 667,6	312,6	746,4	252,5	377,8	1
971,4	2 903,0	3 136,7	228,2	801,0	254,7	353,9	2
999,2	3 826,4	4 344,8	301,8	738,1	237,0	326,0	3
7,5	28,4	32,8	0,5	0,1	0,1	0,0	4
9,1	6,7	38,9	0,9	0,6	0,1	0,0	5
7,4	26,6	32,4	0,4	0,3	0,1	0,0	6
87,7	187,9	310,6	30,8	93,1	34,3	49,5	7
118,8	272,8	390,7	35,6	123,2	44,9	83,2	8
93,6	180,8	304,6	31,2	85,1	29,7	47,8	9
607,5	1 565,4	1 570,8	107,9	403,7	115,8	220,2	10
441,7	1 549,3	1 608,3	105,8	433,5	123,9	171,1	11
473,2	1 457,1	1 463,8	102,5	397,1	109,9	187,7	12
88,1	473,4	483,4	26,2	108,6	14,5	89,0	13
64,8	238,3	223,5	12,5	49,5	15,5	53,9	14
70,2	436,5	470,1	25,2	89,6	13,7	94,1	15
519,4	1 092,0	1 087,3	81,7	295,1	101,2	131,3	16
376,9	1 311,0	1 384,8	93,4	384,0	108,4	117,2	17
403,0	1 020,6	993,7	77,3	307,5	96,2	93,6	18
490,5	2 864,0	3 229,0	192,7	353,7	108,0	192,8	19
407,5	1 296,4	1 308,2	89,9	286,8	94,0	148,9	20
448,0	2 579,8	3 004,0	187,3	341,3	104,6	182,1	21
43,3	-	7,1	4,1	-	6,8	-	22
42,7	-	12,7	5,2	-	5,5	-	23
34,8	-	9,3	3,9	-	4,7	-	24
13,4	17,4	0,7	2,9	4,3	2,1	4,2	25
16,4	16,0	1,4	3,3	6,3	1,8	4,6	26
12,3	18,6	0,8	1,7	3,8	1,6	2,5	27

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.2 Nach Steuerarten, Körper

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	119 460	7 216	25 105	11 065	6 628
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 693 080	72 433	197 692	487 893	141 160
3	Gewerbsteuer (brutto)	9 457 724	248 734	858 458	2 808 073	951 135
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 674 705	80 038	232 879	777 246	301 278
5	Gewerbsteuer (netto)	6 783 019	168 696	625 579	2 030 827	649 857
6	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	16 127 748	678 099	1 740 760	4 643 498	1 634 575
7	Grunderwerbsteuer	67 229	-	2 405	-	3 588
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	162 030	12 318	26 073	69 088	9 548
9	Insgesamt ...	24 952 565	938 762	2 617 614	7 242 371	2 445 356
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	4 230	101	535	980	237
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	630 494	25 566	61 747	252 400	65 109
12	Gewerbsteuer (brutto)	4 051 746	79 804	336 726	1 504 434	496 579
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 003 190	20 837	70 982	396 617	120 211
14	Gewerbsteuer (netto)	3 048 556	58 967	265 744	1 107 817	376 368
15	Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	5 085 593	158 674	417 826	2 154 418	436 100
16	Grunderwerbsteuer	19 306	-	271	-	1 161
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	60 434	2 650	10 298	36 796	2 662
18	Insgesamt ...	8 848 613	245 958	756 421	3 552 411	881 637

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1989

schaftsgruppen und Ländern

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
---------------------	-----------------------	--------	----------	--------------------------------------	---------	--------	------------------	-------------------	-------------

gesamt

7 541	28 412	32 770	474	119 211	123	91	35	249	1
87 653	187 937	310 626	30 784	1 516 178	93 106	34 306	49 490	176 902	2
607 453	1 565 413	1 570 790	107 925	8 717 981	403 742	115 758	220 243	739 743	3
88 101	473 370	483 445	26 244	2 462 601	108 635	14 516	88 953	212 104	4
519 352	1 092 043	1 087 345	81 681	6 255 380	295 107	101 242	131 290	527 639	5
490 512	2 864 043	3 229 034	192 708	15 473 229	353 714	107 999	192 806	654 519	6
43 259	-	7 143	4 074	60 469	-	6 760	-	6 760	7
13 381	17 382	689	2 872	151 351	4 333	2 120	4 226	10 679	8
1 161 698	4 189 817	4 667 607	312 593	23 575 818	746 383	252 517	377 847	1 376 747	9

Städte

671	837	869	-	x	x	x	x	x	10
33 910	59 529	132 233	-	x	x	x	x	x	11
366 003	452 164	816 036	-	x	x	x	x	x	12
48 997	128 030	217 516	-	x	x	x	x	x	13
317 006	324 134	598 520	-	x	x	x	x	x	14
148 178	594 761	1 175 636	-	x	x	x	x	x	15
15 832	-	2 042	-	x	x	x	x	x	16
4 746	3 162	120	-	x	x	x	x	x	17
520 343	982 423	1 909 420	-	x	x	x	x	x	18

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1989

2.2 Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	114 952	7 115	24 571	10 085	6 391	6 870	27 575	31 871	474
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	885 680	46 867	135 945	235 493	76 051	53 743	128 408	178 389	30 784
Gewerbsteuer (brutto)	4 666 154	168 930	521 732	1 303 639	454 556	241 450	1 113 249	754 673	107 925
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 459 410	59 201	161 897	380 629	181 067	39 104	345 339	265 929	26 244
Gewerbsteuer (netto)	3 206 744	109 729	359 835	923 010	273 489	202 346	767 910	488 744	81 681
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	10 387 637	519 425	1 322 935	2 489 080	1 198 475	342 334	2 269 282	2 053 398	192 708
Grunderwerbsteuer	433	-	18	-	5	-	-	410	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	83 263	8 175	14 661	31 642	6 578	5 159 ^{a)}	13 698	569	2 781
Insgesamt ...	14 678 709	691 311	1 857 965	3 689 310	1 560 989	610 452	3 206 873	2 753 381	308 428
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	30	-	-	-	-	-	-	30	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	4	-	-	-	-	-	-	4	-
Gewerbsteuer (brutto)	80	-	-	-	-	-	-	80	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	80	-	-	-	-	-	-	80	-
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	40 732	-	2 117	-	2 422	27 428	-	4 691	4 074
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	7 652	1 493	1 114	650	308	3 475	521	-	91
Insgesamt ...	48 497	1 493	3 230	650	2 730	30 902	521	4 806	4 165

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 1 555 (000) DM der Verbandsgemeinden.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1989

2.3 Nach Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Land	Viertel- jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					
		insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden			Land- kreise
				zusammen	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000	
Schleswig-Holstein	4./89	938 762	245 958	691 311	338 892	352 419	1 493
	3./89	603 665	163 762	439 031	223 651	215 380	872
	4./88	860 898	214 119	645 809	330 198	315 611	970
Niedersachsen	4./89	2 617 614	756 421	1 857 965	1 296 139	561 826	3 230
	3./89	1 689 294	511 835	1 173 388	829 117	344 270	4 070
	4./88	2 309 554	617 425	1 688 866	1 169 694	519 171	3 264
Nordrhein-Westfalen ...	4./89	7 242 371	3 552 411	3 689 310	3 503 515	185 795	650
	3./89	5 380 499	2 833 675	2 543 502	2 433 093	110 409	3 322
	4./88	6 915 725	3 478 305	3 436 831	3 273 467	163 364	589
Hessen	4./89	2 445 356	881 637	1 560 989	1 120 876	440 113	2 730
	3./89	1 911 042	763 716	1 145 627	857 715	287 912	1 699
	4./88	2 359 410	912 293	1 443 407	1 017 490	425 917	3 710
Rheinland-Pfalz	4./89	1 161 698	520 343	610 452	153 706	456 745	30 902
	3./89	971 391	403 969	539 280	136 959	402 323	28 141
	4./88	999 167	400 187	573 708	145 430	428 278	25 272
Baden-Württemberg	4./89	4 189 817	982 423	3 206 873	1 967 690	1 239 183	521
	3./89	2 903 030	744 127	2 158 854	1 356 894	801 960	49
	4./88	3 826 404	928 966	2 892 617	1 758 121	1 134 496	4 821
Bayern	4./89	4 667 607	1 909 420	2 753 381	1 023 348	1 730 034	4 806
	3./89	3 136 719	1 415 960	1 715 742	654 606	1 061 136	5 016
	4./88	4 344 804	1 790 308	2 549 046	980 155	1 568 892	5 449
Saarland	4./89	312 593	-	308 428	287 473	20 955	4 165
	3./89	228 164	-	222 764	206 456	16 308	5 400
	4./88	301 839	-	298 344	277 408	20 936	3 495
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	4./89	23 575 818	8 848 613	14 678 709	9 691 639	4 987 070	48 497
	3./89	16 823 804	6 837 044	9 938 188	6 698 491	3 239 698	48 569
	4./88	21 917 801	8 341 603	13 528 628	8 951 963	4 576 665	47 570

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1989

3.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1989	1988	Veränderung	
	Mill. DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	535 525,4	488 096,2	+ 47 429,3	+ 9,7
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	396 940,8	362 713,5	+ 34 227,3	+ 9,4
Lohnsteuer	181 832,4	167 504,4	+ 14 328,1	+ 8,6
Veranlagte Einkommensteuer	36 799,2	33 189,1	+ 3 610,1	+ 10,9
Kapitalertragsteuer	12 648,4	8 731,5	+ 3 917,0	+ 44,9
Körperschaftsteuer	34 181,3	30 003,0	+ 4 178,4	+ 13,9
Umsatzsteuer	67 995,5	67 660,8	+ 334,7	+ 0,5
Einfuhrumsatzsteuer	63 483,9	55 624,8	+ 7 859,1	+ 14,1
Bundessteuern ¹⁾	61 338,3	52 733,3	+ 8 605,1	+ 16,3
Gesellschaftsteuer	562,1	375,7	+ 186,4	+ 49,6
Börsenumsatzsteuer	831,4	585,4	+ 246,0	+ 42,0
Versicherungsteuer	4 189,6	2 903,5	+ 1 286,1	+ 44,3
Wechselsteuer	303,5	292,7	+ 10,8	+ 3,7
Tabaksteuer	15 508,7	14 555,2	+ 953,5	+ 6,6
Kaffeesteuer	1 793,2	1 752,0	+ 41,2	+ 2,4
Teesteuer	58,2	61,2	- 3,1	- 5,0
Zuckersteuer	143,1	147,1	- 3,9	- 2,7
Salzsteuer	42,0	42,2	- 0,2	- 0,5
Branntweinabgabe	3 920,0	3 999,2	- 79,2	- 2,0
Schaumweinsteuer	856,7	831,4	+ 25,4	+ 3,0
Leuchtmittelsteuer	154,2	141,5	+ 12,7	+ 9,0
Mineralölsteuer	32 964,7	27 031,8	+ 5 932,9	+ 21,9
Ergänzungsabgabe	- 0,1	6,9	- 6,9	x
Pauschalisierte Eingangsabgaben	7,8	7,5	+ 0,3	+ 4,2
Sonstige Bundessteuern ¹⁾	3,1	0,1	+ 3,0	x
Landessteuern	24 208,6	22 669,3	+ 1 539,3	+ 6,8
Vermögensteuer	5 774,7	5 554,3	+ 220,4	+ 4,0
Erbschaftsteuer	2 082,4	2 402,3	- 319,9	- 13,3
Grunderwerbsteuer	3 605,8	2 982,1	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	9 166,8	8 168,8	+ 998,0	+ 12,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 934,5	1 922,4	+ 12,1	+ 0,6
dar.: Lotteriesteuer	1 764,8	1 765,1	- 0,3	- 0,0
Biersteuer	1 259,8	1 253,5	+ 6,3	+ 0,5
Feuerschutzsteuer.....	384,6	385,9	- 1,3	- 0,4
Zölle (100 %)	6 795,3	6 324,5	+ 470,7	+ 7,4
Gemeindesteuern	46 245,5	43 655,7	+ 2 589,9	+ 5,9
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	452,7	452,4	+ 0,3	+ 0,1
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	8 037,4	7 785,8	+ 251,6	+ 3,2
Gewerbsteuer	36 705,7	34 464,5	+ 2 241,2	+ 6,5
Grunderwerbsteuer	280,8	274,1	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	769,0	678,9	+ 90,1	+ 13,3
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	3 886,6	3 256,2	+ 630,4	+ 19,4

1) Einschl. EGKS-Zölle (1989 nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1989

3.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1989	1988	Veränderung	
	Mill.DM		%	
Steuereinnahmen insgesamt	535 445,9	488 154,4	+ 47 291,5	+ 9,7
EG-Eigenmittel insgesamt	22 795,1	23 667,1	- 872,0	- 3,7
Zölle	6 792,2	6 324,5	+ 467,7	+ 7,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	14 500,6	14 314,2	+ 186,4	+ 1,3
BSP-Eigenmittel	1 502,4	3 028,4	- 1 526,1	- 50,4
Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	249 785,5	222 671,8	+ 27 113,7	+ 12,2
Bundessteuern ²⁾	61 338,3	52 733,3	+ 8 605,1	+ 16,3
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	92 918,4	85 294,7	+ 7 623,7	+ 8,9
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	23 414,9	19 367,2	+ 4 047,7	+ 20,9
Steuern vom Umsatz ³⁾ (65 %)	70 961,1	65 821,5	+ 5 139,6	+ 7,8
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 655,2	2 483,6	+ 171,6	+ 6,9
Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe)	1 502,4	3 028,4	- 1 526,1	- 50,4
Steuereinnahmen der Länder	189 214,8	172 964,8	+ 16 250,1	+ 9,4
Landessteuern	24 208,6	22 669,3	+ 1 539,3	+ 6,8
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	92 918,4	85 294,7	+ 7 623,7	+ 8,9
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	23 414,9	19 367,2	+ 4 047,7	+ 20,9
Steuern vom Umsatz (35 %)	46 017,8	43 150,0	+ 2 867,8	+ 6,6
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 655,2	2 483,6	+ 171,6	+ 6,9
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	13 143,4	12 246,6	+ 896,8	+ 7,3
Länder ohne Stadtstaaten	176 071,5	160 718,2	+ 15 353,3	+ 9,6
Steuereinnahmen der Gemeinden	73 650,4	68 850,7	+ 4 799,7	+ 7,0
Gewerbsteuer (brutto)	36 705,7	34 464,5	+ 2 241,2	+ 6,5
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	5 323,8	4 983,3	+ 340,5	+ 6,8
Gewerbsteuer (netto)	31 381,9	29 481,2	+ 1 900,6	+ 6,4
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	32 728,7	30 178,4	+ 2 550,4	+ 8,5
Übrige Gemeindesteuern	9 539,8	9 191,1	+ 348,7	+ 3,8
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	5 421,7	5 089,3	+ 332,3	+ 6,5
Gemeinden/Gv.	68 228,8	63 761,4	+ 4 467,4	+ 7,0
Kreisfreie Städte	27 087,9	25 683,0	+ 1 405,0	+ 5,5
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	40 935,6	37 853,8	+ 3 081,8	+ 8,1
mit weniger als 10 000 Einwohnern	13 454,8	12 397,1	+ 1 057,7	+ 8,5
mit 10 000 Einwohnern und mehr	27 480,9	25 456,7	+ 2 024,1	+ 8,0
Landkreise	205,2	224,6	- 19,4	- 8,7
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,2	0,8	- 0,7	- 78,9

1) Ohne BSP-Eigenmittel.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

2) Einschl. EGKS-Zölle (1989 nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1989

3.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung						Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern ¹⁾	Landes- steuern	Zölle (100 %)	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1989	396 940,8	61 338,3	24 208,6	6 795,3	46 245,5	535 525,4	189 214,8	73 650,4
	1988	362 713,5	52 733,3	22 669,3	6 324,5	43 655,7	488 096,2	172 964,8	68 850,7
Schleswig-Holstein ...	1989	11 528,8	570,3	848,7	108,8	1 335,9	14 392,6	6 993,5	2 445,0
	1988	10 570,8	521,7	771,6	98,9	1 234,9	13 197,9	6 425,1	2 231,0
Niedersachsen	1989	31 492,0	2 887,1	2 326,4	367,0	4 233,5	41 306,0	19 525,1	7 030,3
	1988	28 090,9	2 096,8	2 131,4	346,5	4 026,9	36 692,5	17 889,8	6 554,2
Nordrhein-Westfalen ..	1989	119 802,3	16 998,1	6 442,7	2 148,4	13 658,0	159 046,7	52 389,6	21 260,4
	1988	107 878,5	14 427,4	6 037,3	1 778,6	12 831,0	142 952,8	47 328,7	19 835,8
Hessen	1989	42 768,5	2 568,1	2 383,5	812,4	4 818,7	53 351,2	19 138,9	7 544,4
	1988	38 814,0	2 008,8	2 271,2	891,7	4 592,8	48 578,6	17 304,2	7 117,6
Rheinland-Pfalz	1989	18 266,1	1 437,7	1 198,0	191,8	2 631,7	23 725,3	10 344,3	4 036,8
	1988	16 774,8	1 458,9	1 090,9	173,8	2 355,6	21 853,9	9 477,4	3 680,4
Baden-Württemberg	1989	65 702,7	4 139,8	3 957,4	592,2	7 449,7	81 841,7	30 623,2	12 163,0
	1988	61 653,4	4 044,6	3 661,6	553,1	7 036,4	76 949,2	28 565,0	11 279,0
Bayern	1989	67 442,8	3 739,0	4 754,3	1 018,2	7 802,9	84 757,0	34 203,7	12 808,9
	1988	61 935,3	2 146,1	4 429,0	984,9	7 491,7	76 987,0	31 109,1	12 129,4
Saarland	1989	5 308,2	117,4	297,0	26,5	585,7	6 334,7	2 853,2	940,0
	1988	4 908,6	90,9	292,2	26,7	579,6	5 898,0	2 618,9	934,0
Hamburg	1989	22 647,5	15 556,0	908,0	1 080,4	2 024,7	42 216,5	6 503,3	3 001,6
	1988	20 911,2	13 695,6	820,8	1 049,6	1 901,7	38 378,9	5 964,8	2 831,1
Bremen	1989	5 535,4	947,1	243,5	359,2	625,7	7 710,8	2 018,1	932,3
	1988	5 046,7	910,4	232,0	322,8	591,4	7 103,4	1 889,4	887,3
Berlin (West)	1989	6 446,6	12 377,7	849,1	90,5	1 079,0	20 842,8	4 622,0	1 487,8
	1988	6 129,4	11 331,8	931,4	97,9	1 013,7	19 504,2	4 392,3	1 370,9

1) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r der
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs.3 GG	396 940 839	11 528 782	31 492 012	119 802 342	42 768 548
2	Lohnsteuer	181 832 418	5 395 618	16 243 019	50 964 847	20 029 171
3	Veranlagte Einkommensteuer	36 799 202	1 395 723	3 212 667	11 862 433	2 623 804
4	Kapitalertragsteuer	12 648 437	252 160	760 186	4 035 873	2 263 700
5	Körperschaftsteuer	34 181 348	803 902	2 604 654	8 929 245	5 176 536
6	Umsatzsteuer	67 995 497	2 076 780	5 153 141	21 145 240	5 522 534
7	Einfuhrumsatzsteuer	63 483 937	1 604 599	3 518 345	22 864 704	7 152 803
8	Bundessteuern ¹⁾	61 338 322	570 285	2 887 147	16 998 130	2 568 100
9	Gesellschaftsteuer	562 067	9 684	25 037	147 204	90 902
10	Börsenumsatzsteuer	831 426	4 585	22 213	171 520	282 219
11	Versicherungsteuer	4 189 591	61 819	423 843	1 367 336	493 614
12	Wechselsteuer	303 517	3 125	16 106	77 510	58 189
13	Tabaksteuer	15 508 699	129	203	3 414 421	314
14	Kaffeesteuer	1 793 201	16 352	118 361	42 869	6 754
15	Teesteuer	58 187	2 250	14 105	12 687	3 200
16	Zuckersteuer	143 140	5 707	32 485	49 253	3 912
17	Salzsteuer	41 958	235	18 208	6 294	8
18	Branntweinabgaben	3 920 041	366 263	569 554	1 057 057	348 172
19	Schaumweinsteuer	856 731	2 457	3 117	43 134	300 072
20	Leuchtmittelsteuer	154 246	152	8 793	54 448	9 580
21	Mineralölsteuer	32 964 744 ^{a)}	97 104	1 633 890	10 553 704	970 247
22	Ergänzungsabgabe	- 75	16	327	- 136	- 916
23	Pauschalierte Eingangsabgaben	7 767	413	912	- 1 984	1 828
24	Sonstige Bundessteuern	3 082	- 6	- 7	2 813	5

1) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

a) Darunter 2 007 723 (000) DM Heizölsteuer und 1 168 181 (000) DM Erdgassteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1989
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
18 266 053	65 702 675	67 442 765	5 308 200	362 311 377	22 647 478	5 535 367	6 446 620	34 629 465	1
7 955 275	31 463 650	32 114 961	2 519 161	166 685 702	9 216 722	2 530 404	3 399 591	15 146 717	2
1 553 739	7 143 365	6 334 480	146 128	34 272 339	1 783 590	485 754	257 520	2 526 864	3
436 232	1 291 128	2 094 953	82 314	11 216 546	837 921	164 874	429 096	1 431 891	4
2 490 966	6 548 620	5 556 412	276 909	32 387 244	1 287 219	266 883	240 003	1 794 105	5
3 659 780	10 727 838	12 039 247	1 153 308	61 477 868	4 502 501	436 076	1 579 052	6 517 629	6
2 170 061	8 528 074	9 302 712	1 130 380	56 271 678	5 019 525	1 651 376	541 358	7 212 259	7
1 437 704	4 139 750	3 738 991	117 398	32 457 505	15 556 016	947 121	12 377 671	28 880 808	8
17 520	93 860	86 865	16 918	487 990	42 313	6 121	25 643	74 077	9
12 496	80 198	149 672	3 818	726 721	63 587	5 901	35 217	104 705	10
19 115	381 122	858 573	23 458	3 628 880	483 830	26 686	50 195	560 711	11
7 318	54 580	48 894	3 533	269 255	18 218	12 653	3 390	34 261	12
98	801 910	641	5	4 217 721	245	52	11 290 680	11 290 977	13
47 094	9 871	18 416	9	259 726	222 389	700 554	610 531	1 533 474	14
72	1 198	606	1	34 119	15 241	8 609	218	24 068	15
- 122	35 687	10 049	531	137 502	3 476	504	1 657	5 637	16
644	6 406	9 233	620	41 648	19	148	141	308	17
531 500	202 913	331 938	16 526	3 423 923	256 882	73 286	165 949	496 117	18
390 753	43 582	45 962	18 854	847 931	5 923	2 023	853	8 799	19
286	4 242	56 388	750	134 639	1 089	399	18 118	19 606	20
410 556	2 422 901	2 117 331	32 402	18 238 135	14 442 150	110 038	174 422	14 726 610	21
50	311	333	- 145	- 160	49	35	1	85	22
324	913	3 999	117	6 522	474	114	656	1 244	23
- 0	56	91	1	2 953	131	- 2	-	129	24

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
25	Landessteuern	24 208 564	848 749	2 326 380	6 442 652	2 383 522
26	Vermögensteuer	5 774 708	143 263	494 262	1 528 914	659 859
27	Erbschaftsteuer	2 082 439	67 394	165 646	571 405	172 242
28	Grunderwerbsteuer	3 605 795	157 223	301 517	891 774	410 887
29	Kraftfahrzeugsteuer	9 166 784	368 334	1 051 919	2 431 907	828 763
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	1 934 516	71 767	196 253	546 213	166 258
31	Totalisatorsteuer	99 953	1 101	2 350	46 275	2 956
32	Andere Rennwettsteuer	23 817	145	2 014	11 441	2 179
33	Lotteriesteuer	1 764 843	70 521	191 889	472 610	155 769
34	Sportwettsteuer ¹⁾	45 903	-	-	15 888	5 354
35	Feuerschutzsteuer	384 547	13 162	44 207	78 318	45 282
36	Biersteuer	1 259 773	27 607	72 576	394 122	100 232
37	Sonstige	3	-	-	-	-
38	Zölle (100 %)	6 795 251	108 801	366 981	2 148 363	812 398
39	Gemeindesteuern	46 245 518	1 335 935	4 233 518	13 658 018	4 818 675
40	Grundsteuern	8 490 064	338 794	1 027 086	2 324 483	736 279
41	Gewerbsteuer (brutto)	36 705 690	951 806	3 087 319	11 025 080	4 027 056
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 049 764	45 335	119 113	308 455	55 340
43	Steuereinnahmen insgesamt	535 525 412	14 392 558	41 306 045	159 046 692	53 351 238
n a c h d e r						
44	EG-Eigenmittel insgesamt	22 795 093	x	x	x	x
45	Zölle	6 792 169	x	x	x	x
46	Mehrwertsteuer-Eigenmittel	14 500 569	x	x	x	x
47	BSP-Eigenmittel	1 502 355	x	x	x	x
48	Steuereinnahmen des Bundes ²⁾	249 785 511	x	x	x	x
49	Bundessteuern ³⁾	61 338 322	x	x	x	x
50	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	116 333 331	x	x	x	x
51	Steuern vom Umsatz ⁴⁾ (65 %)	70 961 063	x	x	x	x
52	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 655 150	x	x	x	x
53	Zuweisungen an EG nach BSP-Schlüssel (Ausgabe)	1 502 355	x	x	x	x
54	Steuereinnahmen der Länder	189 214 847	6 993 450	19 525 052	52 389 593	19 138 886
55	Landessteuern	24 208 564	848 749	2 326 380	6 442 652	2 383 522
56	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	116 333 331	3 995 211	10 923 399	32 655 904	12 685 587
57	Steuern vom Umsatz (35 %)	46 017 802	2 072 414	6 045 828	12 536 474	3 784 647
58	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 655 150	77 076	229 445	754 563	285 130
59	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	73 650 417	2 444 986	7 030 258	21 260 368	7 544 379
60	Gemeindesteuern	46 245 518	1 335 935	4 233 518	13 658 018	4 818 675
61	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	5 323 812	154 160	458 802	1 509 112	570 174
62	Gemeindeanteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	32 728 709	1 263 211	3 255 542	9 111 462	3 295 878
63	Steuereinnahmen insgesamt	535 445 868	x	x	x	x
Außerdem:						
64	Lastenausgleichsabgaben	175	0	16	54	6

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Ohne BSP-Eigenmittel.

3) Einschl. EGKS-Zölle (nur noch Restbeträge aus Vorjahren).

4) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1989
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
1 198 043	3 957 373	4 754 265	296 987	22 207 971	908 022	243 481	849 091	2 000 594	25
289 937	1 021 738	1 042 793	41 549	5 222 315	285 101	65 347	201 945	552 393	26
87 760	287 476	440 196	12 403	1 804 522	118 521	21 742	137 655	277 918	27
-	650 885	839 610	14 176	3 266 072	164 433	16 447	158 842	339 722	28
583 616	1 506 393	1 722 698	154 312	8 647 942	203 898	87 973	226 972	518 843	29
136 466	280 974	311 228	33 905	1 743 064	87 546	19 697	84 210	191 453	30
14	6 130	19 826	1	78 653	8 538	498	12 265	21 301	31
-	3 662	1 419	42	20 902	2 915	-	- 0	2 915	32
136 452	258 689	279 643	33 862	1 599 435	74 265	19 199	71 945	165 409	33
-	12 494	10 340	-	44 076	1 828	-	-	1 828	34
24 074	69 614	78 160	5 312	358 129	11 598	2 587	12 232	26 417	35
76 191	140 289	319 579	35 328	1 165 924	36 925	29 689	27 234	93 848	36
-	3	-	-	3	-	-	-	-	37
191 787	592 227	1 018 207	26 450	5 265 214	1 080 426	359 156	90 457	1 530 039	38
2 631 715	7 449 703	7 802 895	585 668	42 516 127	2 024 720	625 688	1 078 983	3 729 391	39
437 791	1 186 493	1 523 053	140 158	7 714 137	368 739	155 987	251 201	775 927	40
1 965 573	6 145 479	6 209 061	411 233	33 822 607	1 635 791	438 330	808 962	2 883 083	41
228 351	117 731	70 781	34 277	979 383	20 190	31 371	18 820	70 381	42
23 725 302	81 841 672	84 757 032	6 334 702	464 755 241	42 216 531	7 710 815	20 842 822	70 770 168	43

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
10 344 275	30 623 242	34 203 748	2 853 242	176 071 488	6 503 275	2 018 065	4 622 018	13 143 358	54
1 198 043	3 957 373	4 754 265	296 987	22 207 971	908 022	243 481	849 091	2 000 594	55
6 286 839	19 782 071	20 769 907	1 426 933	108 525 851	4 398 950	1 277 470	2 131 059	7 807 479	56
2 724 001	6 410 501	8 238 886	1 103 689	42 916 440	1 089 473	469 666	1 542 223	3 101 362	57
135 392	473 297	440 690	25 633	2 421 226	106 830	27 448	99 645	233 923	58
4 036 814	12 163 022	12 808 925	940 015	68 228 767	3 001 567	932 282	1 487 801	5 421 650	59
2 631 715	7 449 703	7 802 895	585 668	42 516 127	2 024 720	625 688	1 078 983	3 729 391	60
287 518	946 715	878 902	50 581	4 855 964	213 661	54 897	199 290	467 848	61
1 692 617	5 660 034	5 884 932	404 928	30 568 604	1 190 508	361 489	608 108	2 160 105	62
x	x	x	x	x	x	x	x	x	63
18	- 5	40	-	129	24	15	4	43	64

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.
nach Steuerarten, Körper
1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	452 703	31 040	105 304	56 275	33 539
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	8 037 361	307 754	921 782	2 268 208	702 740
3	Gewerbesteuer (brutto)	36 705 690	951 806	3 087 319	11 025 080	4 027 056
4	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	5 323 812	154 160	458 802	1 509 112	570 174
5	Gewerbesteuer (netto)	31 381 878	797 646	2 628 517	9 515 968	3 456 882
6	Gemeindeanteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	32 728 709	1 263 211	3 255 542	9 111 462	3 295 878
7	Grunderwerbsteuer.....	280 766	-	9 689	-	14 550
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	768 998	45 335	109 424	308 455	40 790
9	Insgesamt ...	73 650 417	2 444 986	7 030 258	21 260 368	7 544 379
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	17 234	479	2 553	5 141	1 166
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	3 061 168	102 005	303 895	1 231 623	331 459
12	Gewerbesteuer (brutto)	15 620 830	301 468	1 121 448	5 955 145	2 082 277
13	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	1 980 709	40 351	135 627	759 597	245 343
14	Gewerbesteuer (netto)	13 640 121	261 117	985 821	5 195 548	1 836 934
15	Gemeindeanteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	10 011 550	295 590	781 411	4 226 038	879 197
16	Grunderwerbsteuer	97 878	-	1 178	-	5 326
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	259 985	7 543	41 559	158 966	9 502
18	Insgesamt ...	27 087 936	666 734	2 116 417	10 817 316	3 063 584

n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1989

schaftsgruppen und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt

33 200	47 318	141 342	2 689	450 707	1 396	460	140	1 996	1
404 591	1 139 175	1 381 711	137 469	7 263 430	367 343	155 527	251 061	773 931	2
1 965 573	6 145 479	6 209 061	411 233	33 822 607	1 635 791	438 330	808 962	2 883 083	3
287 518	946 715	878 902	50 581	4 855 964	213 661	54 897	199 290	467 848	4
1 678 055	5 198 764	5 330 159	360 652	28 966 643	1 422 130	383 433	609 672	2 415 235	5
1 692 617	5 660 034	5 884 932	404 928	30 568 604	1 190 508	361 489	608 108	2 160 105	6
166 642	-	49 099	18 857	258 837	-	21 929	-	21 929	7
61 709	117 731	21 682	15 420	720 546	20 190	9 442	18 820	48 452	8
4 036 814	12 163 022	12 808 925	940 015	68 228 767	3 001 567	932 282	1 487 801	5 421 650	9

Städte

2 437	1 743	3 715	-	x	x	x	x	x	10
162 942	310 920	618 324	-	x	x	x	x	x	11
1 088 136	1 795 713	3 276 643	-	x	x	x	x	x	12
145 637	251 510	402 644	-	x	x	x	x	x	13
942 499	1 544 203	2 873 999	-	x	x	x	x	x	14
511 320	1 175 390	2 142 604	-	x	x	x	x	x	15
63 584	-	27 790	-	x	x	x	x	x	16
19 105	16 512	6 798	-	x	x	x	x	x	17
1 701 887	3 048 768	5 673 230	-	x	x	x	x	x	18

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1989
nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern
1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	431 998	30 561	102 752	51 134	32 373	30 762	45 575	136 152	2 689
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	4 202 209	205 749	617 887	1 036 585	371 281	241 649	828 254	763 335	137 469
Gewerbsteuer (brutto)	18 201 440	650 338	1 965 871	5 069 935	1 944 779	877 439	4 349 765	2 932 080	411 233
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 875 255	113 809	323 176	749 515	324 831	141 881	695 204	476 258	50 581
Gewerbsteuer (netto) ..	15 326 185	536 529	1 642 695	4 320 420	1 619 948	735 558	3 654 561	2 455 822	360 652
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	20 557 056	967 621	2 474 131	4 885 424	2 416 681	1 181 297	4 484 646	3 742 328	404 928
Grunderwerbsteuer	1 470	-	57	-	5	-	-	1 408	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	416 725	32 000	63 422	136 760	29 719	32 580 ^{a)}	94 837	14 883	12 524
Insgesamt ...	40 935 643	1 772 460	4 900 944	10 430 323	4 470 007	2 221 846	9 107 873	7 113 928	918 262
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 475	-	-	-	-	-	-	1 475	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	49	-	-	-	-	-	-	49	-
Gewerbsteuer (brutto)	337	-	-	-	-	-	-	337	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	337	-	-	-	-	-	-	337	-
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	159 491	-	8 456	-	9 219	103 058	-	19 901	18 857
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	43 833	5 792	4 444	12 729	1 569	10 021	6 381	1	2 896
Insgesamt ...	205 187	5 792	12 899	12 729	10 788	113 080	6 381	21 765	21 753

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 5 713 (000) DM der Verbandsgemeinden.

5 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1989 nach Ländern bzw. Steuerarten
1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	1 772 460	900 833	871 627
Niedersachsen	4 900 944	3 471 866	1 429 080
Nordrhein-Westfalen	10 430 323	9 946 812	483 511
Hessen	4 470 007	3 286 333	1 183 674
Rheinland-Pfalz	2 221 846	572 736	1 649 110
Baden-Württemberg	9 107 873	5 732 660	3 375 213
Bayern	7 113 928	2 711 165	4 402 764
Saarland	918 262	858 466	59 796
Bundesgebiet ...	40 935 643	27 480 871	13 454 775
davon:			
Grundsteuer A	431 998	127 045	304 951
Grundsteuer B	4 202 209	2 798 844	1 403 365
Gewerbsteuer	18 201 440	13 152 123	5 049 320
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 875 255	2 033 066	842 189
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	20 557 056	13 149 391	7 407 667
Übrige Gemeindesteuern	418 195	286 534	131 661

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.1 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1985 bis 1989

Jahr	Bruttosozial- produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt ²⁾	
	Mrd. DM	in % des Brutto- sozialprodukts	
1985	1 844,3	437,1	23,7
1986	1 945,2	452,6	23,3
1987	2 017,7	468,5	23,2
1988	2 121,7	488,2	23,0
1989	2 260,4	535,4	23,7

1) Ab 1987 vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Lastenausgleichsabgaben.

6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1989

%

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 7,7	+ 10,4	+ 7,8	+ 8,5
Veranlagte Einkommensteuer	+ 8,2	+ 11,4	+ 15,0	+ 9,3
Kapitalertragsteuer	+ 77,0	+111,7	+ 8,0	- 6,1
Körperschaftsteuer	+ 11,6	+ 11,7	+ 27,9	+ 6,6
Umsatzsteuer	+ 2,3	- 3,5	- 2,6	+ 5,1
Einfuhrumsatzsteuer	+ 14,6	+ 14,8	+ 14,8	+ 12,5
Gesellschaftsteuer	+ 24,3	+ 35,3	+ 67,7	+ 75,8
Versicherungsteuer	+ 46,3	+ 44,0	+ 43,6	+ 40,7
Wechselsteuer	+ 31,9	+ 40,9	- 27,9	- 2,9
Zölle	+ 17,0	+ 5,1	+ 0,2	+ 8,7
Tabaksteuer	+ 10,9	+ 4,3	+ 0,3	+ 11,1
Kaffeesteuer	+ 0,2	+ 6,4	+ 4,7	- 1,6
Branntweinabgaben	- 2,9	- 0,6	+ 0,2	- 3,7
Schaumweinsteuer	+ 2,1	+ 8,9	- 14,5	+ 15,3
Mineralölsteuer	+ 16,7	+ 23,7	+ 21,1	+ 23,6
Biersteuer	- 2,9	+ 5,3	- 2,1	+ 1,8
Vermögensteuer	+ 6,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,1
Erbschaftsteuer	- 17,1	- 33,0	- 8,5	+ 14,8
Kraftfahrzeugsteuer	+ 10,6	+ 14,4	+ 9,7	+ 14,2
Rennwett- u. Lotteriesteuer	- 5,9	+ 7,4	- 2,7	+ 4,3
Feuerschutzsteuer	+ 7,5	- 25,1	- 2,3	+ 2,9
Grunderwerbsteuer (staatliche und kommunale Anteile zusammen)	+ 15,3	+ 17,7	+ 15,7	+ 28,5
Gewerbesteuer	+ 3,7	+ 4,0	+ 11,5	+ 6,8
Grundsteuer B	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 4,0

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1980 bis 1989

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) ¹⁾	Arbeitnehmer- zulage (Berlinfoörderungsgesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ²⁾ ausgleich
1980	3,30	2,25	0,17	5,86
1981	3,37	2,35	0,23	6,90
1982	1,90	2,35	0,24	6,78
1983	1,90	2,35	0,22	6,43
1984	1,95	2,45	0,24	5,92
1985	2,05	2,60	0,23	5,79
1986	2,05	2,65	0,22	5,82
1987	2,15	2,80	0,20	5,72
1988	2,20	2,85	0,19	5,82
1989	2,25	2,90	0,19	5,44

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.

6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1980 bis 1989

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1980	8,12	1985	15,25
1981	10,39	1986	16,83
1982	11,87	1987	17,67
1983	12,94	1988	20,13
1984	14,20	1989	19,74

6.5 Investitionszulagen*) 1980 bis 1989

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an					
	veranlagter Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		
	geleistet					
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
§ 4a		§ 4b	§ 4a		§ 4b	
		InvZulG			InvZulG	
1980	508	4	14	941	78	48
1981	614	11	5	1 224	94	- 4
1982	565	28	7	1 214	154	6
1983	1 366	13	839	1 797	219	508
1984	2 562	23	2 027	3 505	255	2 066
1985	1 514	15	986	2 587	207	1 166
1986	779	8	206	1 668	174	258
1987	801	51	28	1 863	202	78
1988	824	24	4	2 022	170	- 33
1989	998	26	4	1 804	223	- 6

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinfoörderungsgesetz.

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

Reihe 1: Haushaltsansätze

Reihe eingestellt (es wird jährlich nur noch eine Kommentierung in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht).

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Der vierteljährliche Bericht gliedert die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Arten und Körperschaftsgruppen. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Baumaßnahmen nach ausgewählten Aufgabenbereichen aufgeschlüsselt; die kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Schuldenstand der Gebietskörperschaften sind in gesonderten Übersichten dargestellt.

In dem Bericht für das 2., 3. und 4. Vierteljahr werden auch kumulierte Ergebnisse (Halbjahr, Dreivierteljahr, Jahr) veröffentlicht.

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

In dieser Reihe erscheinen jährlich nach Aufgabenbereichen, Ausgabe-/Einnahmearten und Ländern gegliederte Berichte über die Rechnungsergebnisse

des öffentlichen Gesamthaushalts (Reihe 3.1) und der kommunalen Haushalte (Reihe 3.3).

Daneben erfolgt für einzelne wichtige Aufgabenbereiche eine tiefere funktionale Aufgliederung der Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, und zwar für

Bildung, Wissenschaft und Kultur (Reihe 3.4), Soziale Sicherung und Gesundheit, Sport, Erholung (Reihe 3.5).

Ergebnisse der Hochschulfinanzstatistik werden in der Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“ veröffentlicht.

Reihe 4: Steuerhaushalt

Die vierteljährlichen Berichte (4. Vierteljahr mit Jahresergebnis) enthalten Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern und Steuerarten sowie über die Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes. Zum Jahresergebnis werden ergänzend methodische Erläuterungen mit Hinweisen auf Zahlungsweise, Zahlungsstermine und Tarife der ergiebigsten Steuern gebracht.

Reihe 4.S: Sonderbeiträge

Reihe 4.S.1: Kassenmäßige Steuereinnahmen 1977 bis 1987

Dieser Bericht enthält für die Jahre 1977 bis 1987 nach Ländern gegliederte Angaben über das jährliche Aufkommen an Einzelsteuern und deren Verteilung auf die Körperschaften

Bund, (Europäische Gemeinschaften) Länder und Gemeinden/Gv. Für den gemeindlichen Bereich sind die Daten darüber hinaus nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen unterteilt. In langen Reihen wird ein Überblick über die Einnahmeentwicklung seit 1950 gegeben.

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

In der jährlichen Veröffentlichung werden Angaben über den Stand der Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit nach Arten und Fälligkeit sowie über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dieser Körperschaften gebracht. Außerdem werden die Schuldenaufnahmen und Tilgungen nachgewiesen.

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Die jährliche Veröffentlichung enthält Angaben über die Zahl der Beschäftigten am Stichtag 30. Juni bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst); bei der Bundesanstalt für Arbeit, den Sozialversicherungsträgern und den Trägern der Zusatzversorgung von Bund, Ländern und Gemeinden/ Gemeindeverbänden (mittelbarer öffentlicher Dienst), sowie bei rechtlich selbständigen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf Dauer überwiegend öffentlich finanziert werden, sofern die Zuwendungen den Betrag von 300 000 DM jährlich übersteigen, und rechtlich selbständigen öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen.

Ab 1986 wird das Personal jährlich nach Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung und Alter erfaßt. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden für Bund und Länder Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten Jahr werden zusätzlich die ehemaligen Besoldungsgruppen erfaßt, in jedem sechsten Jahr der kommunale Bereich.

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

In dreijährlicher Folge werden – unter Auswertung der steuerlichen Veranlagungsergebnisse – folgende Steuerstatistiken herausgegeben:

7.1 Einkommensteuer

Der Bericht gibt Aufschlüsse über die Höhe und Struktur der Einkünfte, die Besteuerung des erfaßten Einkommens sowie über Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und Sondervergünstigungen der zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen. Ferner sind die Einkünfte aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer steuerlichen Einkommenspyramide dargestellt. Daneben werden aufgrund einheitlicher Gewinnfeststellung die Einkünfte und Sondervergünstigungen von Personengesellschaften/ Gemeinschaften nachgewiesen.

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

7.2 Körperschaftsteuer

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über Höhe, Verteilung und Besteuerung des steuerlich erfaßten Einkommens der Körperschaften. Das Einkommen und die Steuerschuld der Körperschaftsteuerpflichtigen werden u.a. in der Gliederung nach Rechtsformen, Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und im 6-jährigen Turnus nach Wirtschaftszweigen bis einschließlich 1977 (ab 1983 siehe Reihe 7. S. 1) veröffentlicht.

7.3 Lohnsteuer

Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf den Bruttolohn und die Lohnsteuer der veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen in der Gliederung nach Größenklassen des Bruttolohns und der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Steuerklassen und Geschlecht.

7.4 Vermögensteuer

Die Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 3jährlich) enthält Angaben über Zusammensetzung und Höhe des Vermögens der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Die Schichtung des Vermögens wird für die natürlichen Personen u.a. in Verbindung mit ihrer Beteiligung am Erwerbsleben und der Haushaltsgröße der Veranlagungsgemeinschaft dargestellt, für die nichtnatürlichen Personen in Verbindung mit Rechtsformen.

7.5 Einheitswerte

7.5.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Der in 3jährlicher Folge erscheinende Bericht vermittelt einen Einblick in Umfang und Struktur des bewerteten Betriebsvermögens. Auf der Grundlage der Vermögensaufstellung zur Ermittlung des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs oder des einem freien Beruf dienenden Vermögens wird der nach bewertungsrechtlicher Abgrenzung festgestellte Vermögens- und Kapitalaufbau in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen sowie nach Rechtsformen und Einheitswertgruppen nachgewiesen.

Reihe 7. S: Sonderbeiträge

7.S.1: Wirtschaftliche Gliederung der Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen

Diese Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 6jährlich) enthält Angaben über die steuerlichen Einkünfte und die Einkommen- und Körperschaftsteuer von natürlichen Personen und Personengesellschaften/Gemeinschaften aus der Einkommensteuerstatistik sowie von juristischen Personen aus der Körperschaftsteuerstatistik nach Wirtschaftsbereichen.

Reihe 8: Umsatzsteuer

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält Angaben über Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuer in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen, z.T. kombiniert mit Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen. Ferner werden u.a. Angaben über steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze (nach Art der Steuersätze), über Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer und abziehbare Vorsteuer gemacht. Darüber hinaus erfolgt der Nachweis der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach kreisfreien Städten und Landkreisen.

Reihe 9: Verbrauchsteuern

9.1 Tabaksteuer

9.1.1 Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen (vierteljährlich). Im Bericht für das 4. Vierteljahr wird auch das Jahresergebnis veröffentlicht.

9.1.2 Tabakgewerbe (jährlich). Mit einem Überblick über Herstellung, Einfuhr und Absatz von Tabakwaren.

9.2 Biersteuer

9.2.1 Absatz von Bier (monatlich). In den Berichten für September und Dezember wird auch das Ergebnis für das Braujahr (1.10. – 30.9.) bzw. Kalenderjahr veröffentlicht.

9.2.2 Brauwirtschaft (jährlich). Mit Angaben über Braustätten und ihre Erzeugung.

9.3 Mineralölsteuer

Der jährlich erscheinende Bericht bringt Nachweisungen über die versteuerten Mengen und die Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl.

9.4 Branntweinmonopol

In jährlicher Folge werden Brennereien, Alkoholerzeugung und -absatz, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sowie Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nachgewiesen.

9.5 Schaumweinsteuer

Der Jahresbericht enthält Angaben über die Schaumweinhersteller, ihren Absatz sowie über das Steuersoll.

9.6 Kleinere Verbrauchsteuern

Je ein Bericht wird jährlich über die Besteuerung von Salz und Zucker veröffentlicht.

Reihe 10: Realsteuern

10.1 Realsteuervergleich

Der jährliche Bericht umfaßt Angaben über Istaufkommen, Grundbeträge, gewogene Durchschnittshebesätze und Hebesatzstreuung bei den einzelnen Realsteuern sowie über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die an Bund und Länder abgeführte Gewerbesteuerumlage. Außerdem werden Steuerkraftberechnungen für die einzelnen kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr und die nach Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht.



STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag METZLER-POESCHEL, Verlagsauslieferung Hermann Leins, Postfach 7, 7408 Kusterdingen, erhältlich.